

**Freilich**

DAS MAGAZIN FÜR SELBSTDENKER

POLITISCHE STUDIE 3

---

# Islamophobie

---

Zur Konstruktion eines  
Kampfbegriffes

# Inhaltsverzeichnis

1.	Islamophobie: ein Kunstwort als Schlagwort	3
2.	Islamophobie: eine europäische Begriffsgeschichte	4
3.	Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)	6
4.	Befürworter und Gegner des Begriffes	7
5.	Farid Hafez, die türkische SETA und der „European Islamophobia Report“.	8
6.	Denkfabriken in Frankreich und Großbritannien in Nähe zum politischen Islam	11
7.	Islamophobie, Antisemitismus und islamische Opferrolle	12
8.	Die Kampagnenfähigkeit des Islamophobiebegriffes	14
9.	Exkurs: Linke, rechte und islamische Identitätspolitik	15
10.	Hinwendungen & Maßnahmen der EU und ihrer Agentur für Grundrechte (FRA)	17
11.	Schlussfolgerung	18
12.	Quellenverzeichnis	20

# 1. Islamophobie: ein Kunstwort als Schlagwort

Beim mittlerweile etablierten Begriff der „Islamophobie“ handelt es sich um einen gezielt erschaffenen Neologismus, ein Kunstwort. Dabei stiftet das Framing, ihn in die Nähe einer medizinischen Angststörung<sup>1</sup> zu setzen, einige Verwirrung beim Rezipienten. Denn hier verschmilzt ein aktuelles Thema politischer und gesellschaftlicher Relevanz subtil mit der Darstellung als behandlungsbedürftiger pathologischer Störung. Somit suggeriert die Terminologie, dass eine begründbare Abneigung gegenüber einer Ideologie und/oder deren Verfechtern ein Krankheitsbild darstelle. Dies ist problematisch, weil die Pathologisierung legitimer Positionen geeignet ist, diese außerhalb des Rahmens des akzeptablen Diskurses (des sogenannten Overton-Fensters) zu stellen.

Gleichzeitig eröffnet die Darstellung als krankhafte Position die Möglichkeit, eigene Analysen als medizinisch exakte Wissenschaft zu verkaufen. Damit stellte sich im Zweifelsfall die Frage, ob es einen Punkt gibt, ab dem Islamkritik den Charakter einer krankhaft übersteigerten Phobie annimmt. Es ließe sich erörtern, ob auch ein Stadium gesunder, quasi nicht pathologischer Islamabneigung möglich wäre. Zuletzt eröffnet sich die Fragestellung, ob medizinische Studien greifbar existieren oder existieren könnten, die solche Krankheitsbilder untermauern würden. Damit verlässt der Diskurs den normativen Entwurf einer Sozialwissenschaft und betritt das Feld der vermeintlich exakten, an einfachen Merkmalen feststellbaren, therapierbaren Krankheitssituation. Problematisch wird dies auch durch die interpretationsschwangere Verwendung von Begriffen. Denn der pseudomedizinische Begriff der Islamophobie beschreibt in Europa äußerst diverse Phänomene: Islamhass, Islamfeindlichkeit, angeblichen antimuslimischen Rassismus – aber auch legitime, sachliche Kritik.<sup>2</sup>

Die Begriffsunschärfe schafft ein diffuses Spektrum zwischen Kritik an soziologischen Phänomenen und der Einordnung politischen Vokabulars als angebliche krankhafte Störung. Diese konstruierte Synonymität hat die Absicht, bestimmte Überzeugungen wie Islam- oder Muslimfeindlichkeit als quasi unberührbare pathologische Gegenstände zu brandmarken. Damit ordnet sich der heutige Islamophobie-Diskurs in die Tradition sowjetischer Diktaturen ein, welche ein ausgeklügeltes System der Pathologisierung politischer Gegner entwickelten. In besonders harten Fällen neigte das Regime dazu, vermeintlich kranke Gegner in Therapieanstalten wegzusperren und so der Öffentlichkeit zu entziehen. Dies hatte im Regelfall den Effekt einer Mundtotmachung, die durch die abschreckende Ma-

ximalmaßnahme zu einer Demobilisierung eigener Kritiker führte. Diese Praxis dauerte ab den früheren 1970er-Jahren für anderthalb Jahrzehnte an und wurde erst durch die westlich ausgerichtete Perestrojka wieder abgestellt. Dieser Umstand erlaubt die Wertung, dass ein marodes politisches und wirtschaftliches System durch umfassende Pathologisierung seiner Gegner ein Instrument erschuf, das dem



Foto: wikimedia / CC0 / Reclus

## Stephan Grigat

Stephan Grigat (\* 1971 in Berlin) ist Politikwissenschaftler und Publizist und entstammt der politischen Linken. Er ist Gründungsmitglied und wissenschaftlicher Direktor der Kampagne „Stop the Bomb“, die sich für Menschenrechte und die Stärkung demokratischer Opposition im Iran einsetzt. Als freier Autor schrieb er Gastbeiträge ebenso für linke wie für konservative Zeitungen und Magazine. Im Zentrum seines Interesses steht das Wechselspiel des Antisemitismus mit der Linken und dem Islam, deren Akteure er ohne ideologische Scheuklappen kritisiert. Er bekleidete Lehraufträge in Judaistik in Graz und Wien, dort auch in Politikwissenschaft und Philosophie, und agierte als Gastprofessor an mehreren Instituten in Deutschland und Israel.

Machterhalt über sein Haltbarkeitsdatum hinaus diene. In beinahe allen Fällen konnten spätere Untersuchungen keinerlei klinische Indikation feststellen.<sup>3</sup>

Durch die Unterstellung, es handele sich bei der Islamophobie um eine Art Krankheit, gelten so bezeichnete Personen in der Öffentlichkeit als unzurechnungsfähige Spinner, welche in der politischen Debatte keine Daseinsberechtigung besitzen. Ihre Positionen sollen offenkundig außerhalb der Vernunft gestellt werden. Letzte drastische Konsequenz solcher Einordnung wäre, dass Personen mit angeblich islamophoben Positionen nicht in der Lage seien, eigenbestimmte Feststellungen, Wertungen und letzt-

endlich Entscheidungen zu treffen. Mit dem Nimbus einer bis zur Unberührbarkeit kategorisierten psychischen Erkrankung lassen sich auch Argumente konstruieren, welche auf eine – im übertragenen Sinne – Entmündigung von Bürgern mit „islamophoben“ Gesinnungen abzielen. Der Kampf etwa gegen „Hass im Netz“ hat somit nicht nur eine ideologische, pseudoreligiöse Note, sondern rückt auch in die Nähe einer vermeintlich notwendigen Wiederherstellung der Volksgesundheit.

Glücklicherweise lässt sich im deutschen Sprachraum feststellen, dass die begriffliche Unschärfe dazu führt, dass die fachliche Diskussion den Begriff „Islamfeindlichkeit“ anstelle des im anglophonen Bereich weithin verwendeten Schlagwortes „Islamophobie“ bevorzugt. Damit nehmen deutschsprachige Forscher im Sinne der präziseren Beschreibung auch eine fehlende Anschlussfähigkeit im internationalen Vergleich in Kauf. So eröffnet sich eigentlich die begriffliche Einengung auf „Islamophobie“ als von Extremisten geprägter Kampfbegriff.<sup>4</sup> Die Politikwissenschaftler Kahlweiß und Salzborn schreiben dazu: „[Es] ist aber auch festzustellen, dass der Begriff der Islamophobie als politischer Kampfbegriff eingesetzt wird, insbesondere von Organisationen, die dem politischen Islam zuzurechnen sind und die versuchen, ihre eigene, oftmals antidemokratische Haltung und politische Praxis über diesen Umweg gegen Kritik zu immunisieren.“ Eine gewisse Zwitterfunktion des Begriffes sei trotzdem festzustellen, weil dieser „in den öffentlichen und akademischen Debatten sowohl einen analytischen Anspruch wie einen propagandistischen Anteil hat, der nicht eindeutig voneinander zu trennen ist“.<sup>5</sup>

Ein weiteres Problemfeld eröffnet sich durch die Positionierung von Antisemitismus und „Islamophobie“ auf einer Ebene. Die im deutschsprachigen Raum historisch als absolutes Tabuthema geltende Debatte über den Holocaust eignet sich *prima facie* als Blaupause, per Gleichsetzung auch andere Themen außerhalb jeder Kritik zu stellen. Der Politologe Stephan Grigat von der Universität Wien schreibt dazu: „Die Parallelisierung des seit 2.000 Jahren existierenden, als allumfassende Welterklärung auftretenden und in der Shoah kulminierenden Antisemitismus mit jenen seit einiger Zeit vermehrt zu registrierenden Ressentiments, bei denen Muslime als Projektionsfläche herangezogen werden, basiert auf der Lüge, die Moslems seien die Juden von heute.“ Tatsächlich aber imaginiere „keine politisch relevante Gruppierung [...] Moslems oder gar ein ‚islamisches Prinzip‘ als Verkörperung der Zersetzung, in deren Vernichtung der Krisencharakter der Moderne zu exorzieren wäre“. Dies sei aber der „Kern der antisemitischen Ideologie“.<sup>6</sup>

Eine ähnliche Argumentationsschiene wird schlagend, wenn Akteure des politischen Raumes sich als „neue Juden“ darstellen, um gegen ihre Marginalisierung zu protestieren.

Durch die Zweigleisigkeit unklarer Begrifflichkeiten sowie durch Input aus den englischsprachigen akademischen Kreisen kann allerdings bereits eine Kritik im Sinne Grigats, so sie von nicht dem Zeitgeist zugehörigen Akteuren stammt, als „islamophob“ gelten, mit dem Ziel, diese Wortführer zu stigmatisieren. Diese Studie wird zu einem späteren Zeitpunkt erläutern, inwiefern sich die Verfechter des „Islamophobie“-Begriffs diese doppelte Dichotomie zunutze machen.

## 2. Islamophobie: eine europäische Begriffsgeschichte

Der Diskurs über die Begriffsgeschichte suggerierte lange eine vordergründige Verwendung in totalitären Systemen der islamischen Welt, wie dem islamistischen Gottesstaat unter Ajatollah Khomeini im Iran. Eine rege Debatte entzündete sich an der Frage, ob das Schlagwort originär aus diesem Kulturkreis stamme. Tatsächlich kommt aber eher Europa als Wiege des Begriffs „Islamophobie“ infrage. Als zweifelsfrei erster Beleg gilt die Verwendung durch den zum Islam konvertierten Maler Étienne (Nasreddine) Dinet im Jahr 1921. Dieser bezeichnete einige Darstellungen des Jesuitenpaters und Orientalisten Henri Lammens in dessen Biografie des Propheten Mohammed als „Anfall eines islamophoben Fieberwahns“ (*accès de délire islamophobe*).<sup>7</sup> Freilich handelte es sich damals um eine Einzelmeinung, welche keinerlei Kampagnenfähigkeit barg.

Der häufig wiederholten Behauptung französischer feministischer Autoren, wonach iranische Fundamentalisten diesen Begriff 1979 erstmals in einem religiös-politischen Kontext verwendet hätten, widersprach der in der Vergangenheit gern für linke Zeitungen und Verlage tätige deutsche Publizist Bernhard Schmid. Für das aus dem Griechischen stammende Kompositum fänden sich im relevanten Zeitraum keine prägenden Belege. Man habe dort vielmehr mit semantisch ähnlichen Begriffen wie *zed-e islam* („gegen den Islam“) operiert, um Kritiker zu marginalisieren.<sup>8,9</sup>

Der französische Philosoph Pascal Bruckner als Vertreter der als Gegenbewegung zu linken Vordenkern fungierenden „Nouvelle Philosophie“ sieht dies anders. Er identifiziert sehr wohl die Verwendung eines pseudopathologischen Begriffes gegen religiöse und politische Gegner. Dabei konzentriert er sich auf mögliche juristische Implikationen. Auch er verfiel die These einer Genese im Umfeld iranischer Fundamentalisten. Wortwahl und Inhalt zeigten eine Anleihe bei „Xenophobie“ (Fremdenfeindlichkeit). Die Absicht sei offensichtlich: „Sein Ziel ist, den Islam zu etwas Unantastbarem zu erklären. Wer diese neu gesetzte

Grenze überschreitet, gilt als Rassist. Rassismus attackiert Menschen für das, was sie sind: schwarz, arabisch, jüdisch, weiß. Der kritische Geist dagegen zersetzt offenbarte Wahrheiten und unterwirft die Schriften einer Exegese und Anverwandlung. Dies in eins zu setzen heißt, die religiöse Frage von der intellektuellen auf die juristische Ebene zu verschieben. Jeder Einwand, jeder Witz wird zur Straftat.<sup>10</sup>

In Europa gilt – ungeachtet des Einzelbeleges aus den 1920er-Jahren – als Geburtsstunde der regen Verbreitung des Begriffes das 1997 herausgegebene Pamphlet „Islamophobia – A Challenge for Us All“<sup>11</sup> des Runnymede Trust. Die britische Stiftung definiert sich als „führender, unabhängiger Thinktank für Rassengleichheit“, welcher „durch Recherche, Aufbau von Netzwerken, Debattenführung und vopolitisches Engagement Informationen für ein multikulturelles Großbritannien generiert“. Als Ziel sieht die Gruppe den Aufbau einer Gesellschaft, in der „alle Bürger und Communities sich wertgeschätzt fühlen, sich gleicher Chancen erfreuen, erfüllende Leben führen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl teilen“.<sup>12</sup> Interessant ist, dass Trevor Phillips, einst Auftraggeber der Studie, sich mittlerweile vom Begriff „Islamophobie“ distanziert. In einem Zeitungskommentar schrieb er 2016, dass dieser die offene Debatte über den Islam verhindere. Insbesondere stigmatisiere er Kritiker der Zuwanderungs- und Integrationspolitik.<sup>13</sup>

Das Runnymede-Werk definiert folgende acht Kriterien<sup>14</sup> als „islamophob“:

1. Der Islam wird als ein monolithischer, statischer und für Veränderungen unempfindlicher Block angesehen.
2. Der Islam wird als „abgesondert“ und „fremd“ angesehen, er habe keine gemeinsamen Ziele und Werte mit anderen Kulturen, weder werde er von ihnen beeinflusst, noch beeinflusse er sie.
3. Der Islam wird als dem Westen unterlegen angesehen. Er gilt als barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch.
4. Der Islam wird als gewalttätig, aggressiv und bedrohlich angesehen und als Unterstützer des Terrorismus und in einen Kulturkampf verstrickt wahrgenommen.
5. Der Islam wird als eine politische Ideologie angesehen, die um politischer und militärischer Vorteile willen genutzt wird.
6. Kritik des Islam gegenüber „dem Westen“ wird pauschal zurückgewiesen.
7. Feindseligkeit dem Islam gegenüber wird benutzt, um diskriminierende Praktiken gegen Muslime und ihre Ausgrenzung von der gesellschaftlichen Mitte zu rechtfertigen
8. Feindseligkeit gegenüber Muslimen wird als natürlich und „normal“ angesehen.

Für die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) kritisiert der Politologe Armin Pfahl-Traughber diese Definition als zu kurz greifend: „Dieser Ansatz erhebt den Anspruch, legitime Kritik von unbegründeten Vorurteilen zu unterscheiden, löst ihn allerdings nicht ein. Denn einzelne Gesichtspunkte, die hier als Kriterien der ‚Islamophobie‘ – also unbegründeter Vorurteile – genannt werden, können reale Bezugspunkte haben: Dies gilt beispielsweise für die Auffassung von einem Anders- und Fremdsein des Islam hinsichtlich der Integrationsbereitschaft oder der Kleidung mancher Muslime. Die Behauptung, der Islam sei statisch, kann auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über eine geringe Dynamik in islamisch geprägten Gesellschaften verweisen [...]. Zweifellos handelt es sich auch in diesen Fällen um Pauschalisierungen, aber wohl nicht um Schemata, die als ‚Phobie‘ bezeichnet werden sollten.“<sup>15</sup> Dass der Islamophobie-Begriff als Blaupause für ähnliche Neologismen herhält, zeigte 2018 ein Bericht der österreichischen Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen mit der analogen Schaffung einer „Hinduphobie“<sup>16</sup>.

Aber in Teilen der islamischen Welt existiert der Begriff als Lehnwort. Dort findet er sich vereinzelt im akademischen Diskurs über politische Entwicklungen. Den Grund für die spärliche Präsenz im öffentlichen Diskurs verorten Kahlweiß und Salzborn in der überwiegend europäischen Begriffsgeschichte: „Der Vorwurf des islamophoben Verhaltens stammt nicht aus dem arabischen Sprachraum, sondern wurde im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung in Europa und damit in politischer und nicht in wissenschaftlicher Intention geprägt.“<sup>17</sup>

Sie stellen fest, dass der Begriff dort vor allem Erfahrungen von Muslimen in Europa in Bezug auf hiesige politische Realitäten und Debatten – Stichwort Migration/Islamisierung – beschreibe und vordergründig auf arabischsprachige Muslime in Europa abziele. Dabei kämen sowohl *Islāmūfubūā* als direkte Transliteration, aber auch die Lehnübersetzungen *rahābi-lislām* („Furcht vor dem Islam“) und *al-chūf min al-Īslām* („Islamangst“, eine Ablehnung desselben schwingt dabei mit) vor. Letztere erfreue sich der häufigsten Verwendung mit über 2,5 Millionen Treffern bei der wichtigsten Suchmaschine Google. Den Löwenanteil machten dabei aber Berichte in Print- oder Rundfunkmedien aus, welche sich auf Vorfälle und/oder Debatten in westlichen Ländern zum Thema Islamophobie bezögen. Hinzu kämen einige Internetportale, welche sich auf islamische Themen spezialisierten.<sup>18</sup>

Somit stellt sich heraus, dass Europa als Ausgangspunkt der Begriffsverbreitung gelten darf. Zwar bewerten Politologen das Kunstwort als unstimmig, dennoch etablierte es sich im öffentlichen Diskurs. Infolgedessen tritt es ungeachtet bisheriger Feststellungen in der türkisch-arabischen Welt als Schlagwort der politischen Debatte auf – und zwar dann,

wenn es opportun erscheint, Ereignisse in der westlichen Welt einzordnen.

So verwendete etwa der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nach dem Anschlag von Christchurch im fernen Neuseeland den Begriff<sup>19</sup>. Dabei ist auffällig, dass auch dem Norweger Anders Behring Breivik nach seinem tödlichen Attentat auf der Insel Utøya im öffentlichen Diskurs eine „Islamophobie“ attestiert wurde.<sup>20 21</sup> Dass diese außerordentlich brutalen Angriffe und andere rechtsextreme Angriffe auf Muslime und ihre religiös-kulturellen Einrichtungen als vermeintlich folgerichtige Resultate einer „islamophoben“ Einstellung empfunden und publiziert werden, kann auch problematisch wirken. Gerade durch die Schwammigkeit des Begriffes eröffnet sich die Möglichkeit, mithilfe eines Dammbruchargumentes faktenbasierte Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen in die Nähe extremistischer Terroranschläge zu stellen. Im Ernstfall ist eine breite Verwendung des Begriffes sogar dazu geeignet, legitime Kritiker und deren Einwände außerhalb des öffentlich akzeptierten Diskurses zu stellen und zu pathologisieren.

### 3. Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Vorläuferorganisation war die 1995 begründete Kommission gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (CRX). Auf Grundlage der EU-Ratsverordnung 1035/97 vom 2. Juni 1997 wurde diese in die EUMC umgewandelt. Die Stelle nahm ihre Arbeit offiziell im Juli 1998 auf.

An der Endfassung einer Studie zum Antisemitismus in Europa entzündete sich im Jahr 2003 eine rege Diskussion über die Thematik eines muslimischen Antisemitismus, wobei die EUMC mindestens einem Autor hier antimuslimische Pauschalisierungen unterstellte.<sup>22</sup> Am Ende wurde eine neue Studie verfasst und die Kritik fiel weit weniger umfassend aus.

Ein weiteres Prestigeprojekt war eine groß angelegte Studie zur „Islamophobie“, die 2006 publiziert wurde. Die EUMC listete dabei die acht Merkmale des Runnymede Trust auf<sup>23</sup>. Außerdem berief sie sich als Anerkennungsgrundlage auf zwei zentrale politische Empfehlungen der EU-Institutionen: Die Empfehlung Nr. 5 zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen (CRI (2000) 21) und Empfehlung Nr. 7 über nationale Gesetzgebung zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung (CRI (2003) 8) der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI).

Dabei stellt die EUMC-Studie fest, dass „der Begriff der ‚Islamophobie‘ [...] zwar häufig gebraucht, doch nur selten zur Gänze verstanden“ würde. Obschon es keine rechtlich bindende Definition des Begriffes gebe und auch die Sozialwissenschaft keinen einheitlichen Begriff bediene, fänden politische Maßnahmen und Aktionen unter den Oberbegriffen „Rassismus“ und „Diskriminierung aus Gründen der Rasse“ statt. Diese Begriffe seien bei Regierungen und internationalen Organisationen anerkannt. Daher stütze sich die EUMC „bei seinem Ansatz zur Eingrenzung des Phänomens und seiner Erscheinungsformen auf international anerkannten Standards zum Thema Rassismus und die laufende Arbeit des Europarats und der Vereinten Nationen“<sup>24</sup>. Auch die Problematik der Übernahme durch diese Institutionen wird an einem späteren Zeitpunkt dieser Studie ausführlicher behandelt.



Foto: <https://diekolumnisten.de/heiko-heinisch/>

#### Heiko Heinisch

Heiko Heinisch (\* 1966 in Offenbach) ist ein Historiker, dessen wichtigste Fachgebiete eigentlich Antisemitismus und Judenverfolgung sind. Seit einigen Jahren forscht er zudem zur Ideengeschichte und zu Freiheitsthemen. Dabei beleuchtet er auch die Einwanderung konservativ geprägter Bevölkerungsschichten aus mehrheitlich islamischen Ländern. Allfällige Sonderrechte für Muslime behindern seiner Ansicht nach den Integrationsprozess. Neben seiner Forschung und seinem Einsatz für Deradikalisierung ist erwähnenswert, dass er zu den wenigen Experten mit positiver Rezeption auf beiden Seiten des politischen Spektrums gehört.

Kritiker dieses Ansatzes sehen allerdings Schwächen, weil die Definition ein reines Konstrukt sei. Dabei beschränken sich die Einwände nicht nur auf den akademischen Diskurs. Auch Akteure des öffentlichen Lebens und Interessenverbände anderer Glaubensrichtungen sehen diese kritisch. So publizierte etwa die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) 2017 einen Artikel von Heiko Heinisch,

der kritisierte, dass „Vertreterinnen und Vertreter dieses Begriffs [k]eine konsistente, nachvollziehbare und wissenschaftlich brauchbare Definition“ liefern würden. Unter demselben Begriff versuche man Feindschaft gegenüber Muslimen und reine Religionskritik zu vermischen: Er differenziere nicht „zwischen ressentimentbeladener Hetze und der Aufklärung verpflichteter Kritik an der Religion“. Damit entpuppe er sich als „Kampfbegriff, der durchgängig dazu genutzt wird, Kritik am Islam oder an Problemen und Menschenrechtsverletzungen innerhalb muslimischer Communities abzuwehren und als ‚anti-muslimischen Rassismus‘ zu etikettieren. Dadurch würden ‚kritische Geister [...] und seriöse Wissenschaftler/innen, Journalistinnen und Journalisten [...] als ‚islamophob‘ denunziert“<sup>25</sup>.

Schlüssig ist somit, dass wissenschaftliche Ideale wie Unparteilichkeit, weltanschauliche Neutralität, Ergebnisoffenheit und Objektivität verfehlt werden. Die Erkenntnis über islamfeindliche Missstände ist von Interessen und Macht geleitet, obwohl sie in aller Regel sozial situiert, verortet, kontextabhängig und durch Diskurse vermittelt zu betrachten wäre. Die Forschung zur Islamfeindlichkeit bewegt sich in der Sphäre eines politischen Kontextes. Wenn Wissenschaft bereits vorab einschlägige und einseitige politische Interessen verfehlt, erscheinen Erkenntnisse vermeintlich unabhängiger Gruppen wie EUMC/FRA vor allem als parteilich. Sie besitzen in der Folge nur mehr den Deckmantel der Objektivität.

## 4. Befürworter und Gegner des Begriffes

Insgesamt verwenden vor allem solche Akteure den Begriff „Islamophobie“, die ihn in der zwischenkulturellen Auseinandersetzung als Kampfbegriff missbrauchen. Die Gegenseite wiederum lehnt ihn in aller Regel gänzlich ab und unterstellt eine Absicht der Instrumentalisierung *prima facie*.

Sichtbar wird dies durch inhaltliche Framings und Agenden zu großen Schicksalsfragen unserer Zeit. Weite Teile der Aufnahmegesellschaften empfinden eine Masseneinwanderung aus islamischen Kulturräumen als Islamisierung. Daraus entstehende Kritik wird dann von Verfechtern der „Islamophobie“ gerne außerhalb des Sagbaren gestellt. Denn obwohl der Diskurs nicht allein als Kulturkampf-Debatte zu führen wäre, sondern auch wirtschaftliche Dimensionen hat (angeblicher Fachkräftemangel, Einwanderung in untere Einkommensstrata, Drückung des bestehenden Lohnniveaus etc.), sind es kulturelle Fragestellungen, welche politische Lager in Europa stark entzweien und polarisieren. Der Umschichtung politischer Trennlinien von der

ökonomischen auf die kulturelle Ebene und deren Implikation für den „Islamophobie“-Diskurs ist ein eigenes Kapitel im hinteren Teil der Studie gewidmet.

Wie der einstige Papst Benedikt XVI. bereits 2005 feststellte, ist wichtig, zu beachten, dass „[die] Renaissance des Islam [...] nicht nur mit dem neuen materiellen Reichtum islamischer Länder verbunden [ist], sondern auch von dem Bewusstsein gespeist [wird], dass der Islam eine tragfähige geistige Grundlage für das Leben der Völker zu bieten vermöge, die dem alten Europa abhanden gekommen zu sein scheint, das trotz seiner noch währenden politischen und wirtschaftlichen Macht immer mehr zu Abstieg und zum Untergang verurteilt angesehen wird. [...] Mit dem Sieg der posteuropäischen technisch-säkularen Welt, mit der Universalisierung ihres Lebensmusters und ihrer Denkweise verbindet sich weltweit, besonders aber in den streng nicht-europäischen Welten Asiens und Afrikas der Eindruck, dass die Wertewelt Europas, seine Kultur und sein Glaube, worauf seine Identität beruhten, am Ende und eigentlich schon abgetreten sei; dass nun die Stunde der Wertesysteme anderer Welten, des präkolumbianischen Amerika, des Islam, der asiatischen Mystik gekommen sei. Europa scheint in dieser Stunde seines äußersten Erfolgs von innen her leer geworden, gleichsam von einer lebensbedrohenden Kreislaufkrise gelähmt, sozusagen auf Transplantate angewiesen, die dann aber doch seine Identität aufheben müssen. Diesem inneren Absterben der tragenden seelischen Kräfte entspricht es, dass es auch ethnisch Europa auf dem Weg der Verabschiedung begriffen zu sein scheint.“<sup>26</sup>

Zusammenfassend zeigt die im Jahr seiner Papstwahl verfasste Analyse, aus welcher Richtung die oft fordernde und diskursiven und tatsächlichen Raum beanspruchende Verhaltensweise stammt, die islamische Kultur- und Religionsvertreter zeigen. Aggressive Ton- und Wortwahl in medial ausgetragene Debatten hilft ihnen, Anliegen in der allgemeinen Öffentlichkeit zu verankern. Ergänzend führt der Strategieprofessor Joel Haywards aus, dass Islamkritiker häufig den Eindruck vertreten, dass der islamische Glaube weitaus militantere, aggressivere und gewaltaffinere Formen der Kriegsführung kenne als westliche Konfliktethik, die sich durch Zurückhaltung, Ritterlichkeit und Respekt vor dem Leben von Zivilisten auszeichne.<sup>27</sup> Ungeachtet allfälligen Zutreffens sollten aber die Mentalitätsunterschiede, welche solche Auffassung entstehen lassen, zumindest in die Bewertung eingerechnet werden.

Am stärksten vertritt die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC; früher: Organisation der Islamischen Konferenz) auf dem internationalen Parkett den Begriff der „Islamophobie“. In dieser zwischenstaatlichen Konferenz organisieren sich 56 Staaten, in denen Muslime entweder die Mehrheit oder eine nennenswerte Minderheit

darstellen; ihr Sitz ist in Dschidda in Saudi-Arabien. Der Historiker Heiko Heinisch führt aus: „Im Rahmen einer Kampagne gegen ‚Diffamierung von Religionen‘ ist die Verabschiedung einer internationalen ‚Resolution gegen Islamophobie‘ eines der erklärten Ziele der Organisation. Alle Staaten der Welt werden darin aufgefordert, Gesetze zu erlassen, die *Islamophobie* mit abschreckenden Strafen ahnden. Zur Untermauerung dieser Forderung setzte die OIC 2007 eine eigene Beobachtungsstelle ein, die ‚alle Formen der Islamophobie‘ weltweit dokumentieren und jährlich einen Bericht veröffentlichen soll.“<sup>28</sup> Dabei verstehe die OIC aber lediglich „die Diffamierung des Islam sowie von Persönlichkeiten und Symbolen, die den Muslimen heilig sind“, als „islamophob“. Weiters sei festzuhalten: „Ziel der Bestrebungen der OIC ist, neben einem Schutz vor Kritik, die weltweite Deutungshoheit über das Thema Islam. Das Verbot von Religionskritik, wie es in fast allen islamischen Staaten gesetzlich verankert ist und dort auch von großen Teilen der Bevölkerung als legitim betrachtet wird, soll nach Ansicht der OIC internationale Geltung erhalten.“<sup>29</sup>

Allerdings hatte bereits im März 2004 der ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan aus Ghana den „Islamophobie“-Begriff zur internationalen Verwendung freigegeben: „Wenn sich die Welt genötigt sieht, einen neuen Begriff zu münzen, um damit zunehmend verbreiteten Ressentiments Rechnung zu tragen, dann ist das eine traurige und problematische Entwicklung. Dies ist der Fall mit der ‚Islamophobie‘. Das Wort scheint sich in den späten 1980ern und frühen 1990ern gebildet zu haben. Heute haben das Gewicht der Geschichte und die Nachwehen jüngster Entwicklungen viele Muslime in einer Situation zurückgelassen, in der sie sich angefeindet und missverstanden fühlen und sich Sorgen machen über eine Erosion ihrer Rechte, ja sogar Angst um ihre körperliche Sicherheit haben.“<sup>30</sup> Die Rede fand auch in der internationalen Presse rege Beachtung. Annan kritisierte darin zudem, dass „zu viele Menschen [...] den Islam als einen Block, der in Opposition zum Westen steht“, sähen.<sup>31</sup>

Auch wenn dies die erste prominente Akzeptanz des Begriffes seitens eines führenden UN-Vertreters darstellt, leisteten einschlägige Interessengruppen bereits länger Vorarbeit, um diesen in den offiziellen Sprachgebrauch der UNO und ihrer Mitgliedstaaten sowie in weiterer Folge der EU zu integrieren.

So legt der oben bereits erwähnte Bericht der EUMC nahe, dass diese eine Kampagne in diese Richtung fuhr. Sie trug „nach dem 11. September 2001 eine Fülle von sehr unterschiedlichen antiislamischen Vorfällen in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, die von verbalen Ausfällen bis zu physischen Attacken reichten“, zusammen. Zwar hätte die EUMC gerade angesichts der Verschiedenartigkeit der

Vorfälle und zahlreicher Beispiele für Kritik an selbigen und Solidaritätsbekundungen mit betroffenen islamischen Communities ein differenziertes Bild zeichnen können. Stattdessen attestierte die Einrichtung den am Ausgang des Untersuchungszeitraumes 15 EU-Staaten ein „tief sitzendes Wesen von Islamophobie und Xenophobie“<sup>32</sup>. Einen eigenen Definitionsversuch nahm die EUMC nicht vor. Auch blieb der Bericht den Nachweis für eine weite Verbreitung schuldig. Im Lauftext heißt es lediglich: „Da jedoch kein umfassendes Datenmaterial verfügbar ist, bleiben das wahre Ausmaß und der wahre Charakter der gegen Muslime gerichteten Diskriminierung und islamfeindlichen Vorfälle weiterhin unzureichend dokumentiert.“<sup>33</sup> Dass derart unpräzise Auswertungen zur Folge haben, dass Interpretationen in beide Richtungen – sowohl die Annahme einer hohen Dunkelziffer als auch die gänzliche Negierung des Phänomens – fruchtbar bleiben, liegt auf der Hand.

## 5. Farid Hafez, die türkische SETA und der „European Islamophobia Report“

Seit dem Jahr 2010 entsteht der „European Islamophobia Report“ (EIR) als Jahrbuch über angebliche und tatsächliche „islamophobe“ Entwicklungen in Europa. Herausgeber ist der Politologe Farid Hafez, ursprünglich in der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ), der Nachwuchsorganisation der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), sozialisiert. Die 2017er-Ausgabe verfasste er gemeinsam mit Enes Bayraklı, der einen Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul (TDU) innehat und zudem Direktor von SETA European Studies ist. Die Autoren begründen ihr Projekt mit einem „strukturellen antimuslimischen Rassismus“ als beinahe flächendeckendes Phänomen in Europa.<sup>34</sup> Diese Berichte zur Europäischen Islamophobie<sup>35</sup> bilden einen wichtigen Teil im Portfolio des türkischen Thinktanks SETA. Das Institut wurde 2005 gegründet, verfolgt vordergründig einen wissenschaftlichen Anspruch und behauptet, unabhängig und frei von staatlichen Einflüssen zu sein.<sup>36</sup> Der Hauptsitz der Einrichtung befindet sich in der Millionenstadt Istanbul, zudem gibt es Außenstellen in der ägyptischen Hauptstadt Kairo und ihren deutschen und US-amerikanischen Gegenparts Berlin und Washington, D.C.

Als Gründer des Institutes und erster Direktor (2005–2009) agierte seinerzeit der islamische Theologe und Historiker für islamische Philosophiegeschichte İbrahim Kalın. Dieser wiederum dürfte sich mit seiner Tätigkeit bei SETA



bei der hohen Politik seines Landes empfohlen haben: Die Leitung legte er zurück, als er zum Sprecher und Berater des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan berufen wurde – eine Position die er auch im Jahr 2020 noch ausübt. Angesichts der Struktur der türkischen Öffentlichkeit lässt diese Postenrochade die Vermutung zu, dass es ein Näheverhältnis von SETA zur türkischen Regierungspartei AKP geben könnte. Somit könnte SETA ein maßgebliches Instrument darstellen, um offiziellen türkischen Positionen einen Deckmantel der Wissenschaftlichkeit zu verleihen und diese im europäischen Ausland in den öffentlichen Diskurs einzuführen.

Als Beispiel für den wahrscheinlichen Doppelpass mit der türkischen Politik darf ein 202-seitiger SETA-Bericht gelten, der sich mit der Haltung von Korrespondenten ausländischer Medienhäuser mit Akkreditierung für die Türkei beschäftigt. Dabei attestiert die laut SETA „wissenschaftliche Studie“ einen vermeintlichen „Masterplan“, um die Türkei und ihre Regierung herabzuwürdigen. Journalisten ausländischer Medien würden eine einseitige, regierungsfeindliche Berichterstattung pflegen. Der Bericht erhebt Namen und Lebensläufe von Journalisten, welche sie derart einstufen. Der unabhängige und kritische Journalistenverband TGS kündigte daraufhin an, Strafanzeige wegen des Berichts stellen zu wollen. Einer der Autoren des Berichts, İsmail Çağlar, wies diese Kritik und den Vorwurf der Regierungsnähe zurück<sup>37</sup>. Auch im Ausland schlug der Bericht hohe Wellen; er war Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Fraktion „Die Linke“ im Deutschen Bundestag. Die dortige Bundesregierung verneinte Förderungen der SETA aus öffentlicher Hand, erwähnte aber in der Beantwortung zur Arbeit der Gruppe auch eine Studie zu vermeintlicher „Islamophobie“ in Europa.<sup>38</sup>

Dass die SETA in weiten Teilen eine Pro-Regierungs-Agenda verfolgt, legt auch eine Stichprobe auf ihrer Homepage nahe. Der Menüpunkt „Aktivitäten“<sup>39</sup> schreibt etwa über die Einladung zu einem Symposium mit Schwerpunkt „15.-Juli-Putschversuch im dritten Jahr und Kampf gegen FETÖ“ (Sempozyum: Üçüncü Yılında 15 Temmuz Darbe Girişimi ve FETÖ ile Mücadele): „Die Türkei hat unter dem größten Verrat in der Geschichte der Anschläge drei Jahre gelitten. Der Putschversuch der Fetullahist Terrorist Organization (FETÖ) durch die in die Armee eingesickerten Militanten wurde dank des Widerstandes der türkischen Nation, der Führung unseres Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und des Kampfes der staatlichen Organisationen, insbesondere der Sicherheit und der TAF, unterdrückt. Neben all dem Widerstand, der am 15. Juli dank 251 Märtyrern [...] gezeigt wurde, ging die türkische Nation als Symbol der Demokratie [...] in die Geschichte ein.“<sup>40</sup>

Auch in ihrer übrigen Ausrichtung entsteht ein durch-



### European Islamophobia Report 2018

Das umstrittene Werk versteht sich als jährlicher Gradmesser zur „Islamophobie“ und lässt schon am Deckblatt durchblicken, dass seine Autoren ihre Kritik an ein breites politisches Spektrum richten.

**Download:** [islamophobiaeurope.com/wp-content/uploads/2019/09/EIR\\_2018.pdf](https://islamophobiaeurope.com/wp-content/uploads/2019/09/EIR_2018.pdf)

dringender Eindruck der Nähe zur türkischen Regierungspartei AKP. Westliche Medienformate wie die deutsche „tagesschau“ thematisieren sogar, dass diese Nähe offen zur Schau getragen werde: „SETA-Mitarbeiter machen im persönlichen Gespräch [...] keinen Hehl daraus, dass ihre politischen Studien in den meisten Fällen Positionen der Regierungspartei AKP und des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ideologisch stützen. Dabei bemühen sie sich, bisweilen wissenschaftlich zu argumentieren.“<sup>41</sup> Als Think-tank wolle die SETA aber auch „ausdrücklich Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen und politische Debatten beeinflussen“.<sup>42</sup>

Angesichts dieser Ausrichtung ist es legitim, auch die EIR-Berichte als Ausdruck einer ideologischen Übereinstimmung mit dem und Unterstützung für den politischen Kurs der türkischen Regierung und ihres Präsidenten zu sehen. Die Ergebnisse von Bayraklı und Hafez erscheinen somit in einem anderen Licht – gerade vor dem Hintergrund eines von Kritikern als „Neo-Osmanismus“ bezeichneten Programmes: „Der türkische Neo-Osmanismus, in dem sich islamische Überlegenheitssehnsucht mit patriotischer Ermutigung verbindet, beschränkt sich nicht allein auf die jüngsten außenpolitischen Bemühungen Ankaras. Seit Erdogans Partei, die AKP, die Regierung stellt, ist der Rückbezug auf die osmanische Zeit ein elementarer Teil der tür-

kischen Kulturpolitik.<sup>43</sup> Auffällig sei auch, dass der Islam in diesem Weltbild als friedliche und den Dialog suchende Komponente, als „Kultur des Friedens“, auftritt. Damit bekäme er nach Ansicht seiner Verfechter quasi eine Scharnierfunktion für die Annäherung der Türkei sowohl an die arabische Welt als auch an das westlich geprägte Europa.<sup>44</sup> Letztere ist seit mindestens 30 Jahren erklärtes politisches Ziel der Türkei und ebenso seitdem ein Element kontroverser Debatte unter islamkritischen Akteuren in Europa.

Die „Islamophobie“-Berichte finden sich zeit ihres Bestehens, vor allem aber in jüngeren Jahren, im Zentrum von Kritik aus verschiedenen Richtungen. Es sei hier auf die Abhandlung von Heinisch für die IKG verwiesen, welche den Begriff als „Kampfbegriff politisch-islamischer Organisationen, von der türkischen AKP bis zur Muslimbruderschaft“, sieht. Eine solche Stoßrichtung sei auch beim „European Islamophobia Report“ evident. Eine Vermischung von Rassismus und Islamkritik zu diffusen Themenkomplexen sieht Heinisch als systematisch an. Damit gewänne die Verfechter des Begriffes die Gelegenheit, „Gegner jeglicher Couleur als Rassisten zu denunzieren und damit für nicht diskursfähig zu erklären“. Mittels des Vorwurfes eines „islamophoben“ Weltbildes ziele man auf die Deutungshoheit über die Islamdebatte ab.<sup>45</sup>

Insgesamt fällt Heinisch ein vernichtendes Urteil: Die Impräzision gehe sogar so weit, dass „das Einzige, was klar festgelegt wurde, [...] der Untersuchungszeitraum [ist], nämlich das Jahr 2016.“ An keiner Stelle hätten sich die Herausgeber die Mühe gemacht, angewandte Methoden oder Kriterien zur Auswahl der gelisteten „Fälle“ zu erläutern. „Dem *EIR 2016* fehlt genau das, was in der wissenschaftlichen Forschung seit spätestens dem 16. Jahrhundert Usus ist: Die Nachvollziehbarkeit seiner Ergebnisse. Genau genommen liefert er nicht einmal Ergebnisse, sondern bleibt auf der Stufe der willkürlichen Beobachtung und damit der bloßen Behauptung stehen.“<sup>46</sup> Damit werde der Bericht zu einem „Puzzlestein in der Propaganda-Strategie islamistischer Organisationen“.<sup>47</sup>

Die Kritik betrifft sowohl akademische Güte als auch mögliche Motive und Seilschaften. Eine besonders interessante Parallele zum bereits erwähnten EUMC-Bericht ergibt sich in der anekdotischen Form, mit der eine angebliche „Islamophobie“ belegt werden soll. Diese verteilt sich auf die Rubriken Arbeitsplatz, Ausbildung, Politik, Medien, öffentlicher Raum, Justiz sowie körperliche und verbale Attacken. Teilweise listet man schwer überprüfbar Einzelfälle, etwa jenen einer Frau, der bei einer Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice (AMS) empfohlen wurde, zur leichteren Vermittelbarkeit ihr Kopftuch abzunehmen. Als Quelle gilt hier eine „E-Mail an den Autor“.<sup>48</sup> Der Autor habe „durchwegs darauf verzichtet, überprüfbare Quellen anzu-



Foto: wikimedia / CC BY 3.0 / Trollma

### Farid Hafez

Farid Hafez (\* 1981 in Ried im Innkreis) ist Politikwissenschaftler und gehörte von 1998 bis 2007 der Muslimischen Jugend Österreichs an. Er habilitierte sich 2019 an der Universität Salzburg. Sein zentrales Forschungsfeld ist die „Islamophobie“; seit 2010 gibt er das „Jahrbuch für Islamophobieforschung“ heraus. Darüber hinaus ist Hafez Mitherausgeber des „European Islamophobia Report“. Er trat öffentlich als Verteidiger der islamistischen Muslimbruderschaft und scharfer Kritiker des österreichischen Islamgesetzes 2015 hervor.

geben, also etwa die Bilder mit genauen Orts- und Datumsangaben zu versehen, und somit an sich interessante und wichtige Informationen – zumindest für die Forschung – unbrauchbar gemacht.“<sup>49</sup>

Wenig überraschend zählt Farid Hafez zu den flammendsten Verfechtern des Begriffes in der hiesigen akademischen Debatte. Er hält etwa die im Begriff enthaltene Pathologisierung für beinahe unsichtbar. Er verweist darauf, dass das – seiner Ansicht nach – verwandte Phänomen des Antisemitismus mit einem ähnlich sprachlich unsinnigen Begriff zu arbeiten habe. Dennoch wüsste die akademische Öffentlichkeit, was darunter zu verstehen sei.<sup>50</sup> Wie bereits vermerkt, genießt Hafez aufgrund seiner Verankerung im internationalen akademischen Milieu den Nimbus eines Experten, den er auch in nationalen Leitmedien mit Regelmäßigkeit zur Schau tragen durfte. Als vermeintlich neutrale Expertenmeinungen gewinnen entsprechende Einstufungen somit an Gewicht und Seriosität. Häufig fehlt dabei die notwendige Einordnung, dass seine Publikationen in breiter Kritik stehen.

So fand sich der EIR im Herbst 2019 erneut im Zentrum einer kontroversen Debatte, in der unter anderem die Mitherausgeberschaft der SETA-Stiftung thematisiert wurde.<sup>51</sup> Als problematisch wurde zudem gesehen, dass der Report auch theologisch reformorientierte Muslime

wie Seyran Ateş, Saida Keller-Messahli oder Mouhanad Khorchide ebenso wegen vermeintlicher „Islamophobie“ anprangere wie säkulare Kritiker des politischen Islam, wie die Professorin Susanne Schröter von der Goethe-Universität in Frankfurt.<sup>52</sup> Wie stigmatisierend eine Einordnung als angebliche Islamfeindin auch abseits des unmittelbaren Diskurses sein kann, musste gerade Schröter bereits mehrmals am eigenen Leib erfahren. So forderten etwa linke Studentengruppen mit Unterstützung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) im Februar 2020 die Absage eines Auftritts der Ethnologin zu einem Gastvortrag an der Universität in Marburg/Lahn aufgrund ihrer vermeintlichen „Islamophobie“.<sup>53</sup> Bereits im April 2019 forderte eine anonyme Studentengruppe die Entlassung der Professorin von ihrem Lehrstuhl und unterstellte Schröter sowie dem von ihr geleiteten „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ „anti-muslimische Ressentiments“ – mehr oder minder eine Wiederholung der EIR-Anwürfe.<sup>54</sup>

Als stark problematisch beurteilte auch Armin Pfahl-Traugher Hafez’ „Islamophobie“-Begriff. Die Kritik ging hier ebenfalls in die Richtung einer zu geringen Trennschärfe, die die Immunisierung gegen jegliche Islamkritik ermögliche.<sup>55</sup> Dabei sei auffällig, dass – wie auch Heinisch in seiner Analyse anmerkte – die Darstellung einer „Islamophobie“ dem politischen Islam Vorschub leiste.<sup>56</sup>

## 6. Denkfabriken in Frankreich und Großbritannien in Nähe zum politischen Islam

Diese Zusammenhänge eröffnen sich auch vor dem Hintergrund, dass Einrichtungen, welche „Islamophobie“ im Namen tragen, fast ausnahmslos ein Näheverhältnis zum politischen Islam besitzen, etwa das französische „Collectif contre l’Islamophobie en France“ (CCIF). Alain Léuthier schrieb für das Portal „Marianne.net“, dass es sich beim CCIF um ein „Flaggschiff des politischen Islam in der Nähe der Muslimbrüder und Tariq Ramadan“ handele. Nach Ansicht des Journalisten sei es „sehr aktiv in allen Kampagnen, die sich gegen das laizistische Lager richten“, und sei somit schlichtweg mit der extremen Rechten gleichzustellen.<sup>57</sup>

Doppelt brisant ist, dass Farid Hafez und Enes Bayraklı für ihren 2017er-Bericht mit Yasser Louati ausgerechnet einen ehemaligen CCIF-Sprecher für den Frankreich-Teil engagierten, welcher sich entsprechend liest. Ähnliche Seilschaften sind auch im Fall des litauischen Teilberichtes greifbar. So erscheint dessen Mitautorin Birutė Sabatauskaitė bürgerlich. Suchmaschinentreffer verorten die studierte Anwältin für Internationales Recht im Umfeld thematisch

eher linker NGOs, mittlerweile ist sie Direktorin des unverdächtig benannten „Lietuvos žmogaus teisių centras“ („Litauisches Zentrum für Menschenrechte“).<sup>58</sup> Zwischen 2010 und 2016 war sie Vorstandsmitglied des „European Network Against Racism“ (ENAR). Im selben Vorstand saß auch Intissar Kherigi, Tochter des Chefs des tunesischen Muslimbruderschaft-Ablegers ENNAHDA. Kherigi ist in mehreren Organisationen des Muslimbruder-Netzwerkes aktiv. Auch die CCIF ist eine ENAR-Teilorganisation, Kritiker werfen dem gesamten Netzwerk eine positive Rezeption der Muslimbrüder vor.<sup>59</sup> Der Vorwurf gründet darauf, dass auch weitere Teilorganisationen diesen nahestehen sollen.<sup>60</sup> Als maßgeblicher Financier der ENAR sowie weiterer ihrer dem politischen Islam nahestehenden Untergruppen dienen die Open Society Foundations des US-Milliardärs George Soros.<sup>61</sup>

Nicht weniger problematisch erscheint die Vergabe des britischen Teilberichtes an Arzu Merali, wissenschaftlicher Leiter der „Islamic Human Rights Commission“ (IHRC). Diese gilt als islamistische Organisation mit Hauptsitz in London. Vorwürfe, ihre Ausrichtung sei neokhomeinistisch<sup>62</sup>, weist die Gruppierung zurück.<sup>63</sup> Zu ihren Verteidigern gehört auch der Publizist Stuart Weir, welcher der sozialdemokratischen Labour-Partei nahesteht.<sup>64</sup> In der Vergangenheit geriet die Gruppe außerdem aufgrund von Äußerungen auf einer Demonstration in ihrem Dunstkreis in den Verdacht der moralischen Unterstützung der libanesischen Terrormiliz Hisbollah.<sup>65</sup> Als besonders umstritten gilt eine Aktion aus dem Jahr 2015: Damals verlieh die IHRC ihren „Islamophobe of the Year Award“ an die Redaktion von „Charlie Hebdo“ – nur zwei Monate zuvor hatten Islamisten bei einem Anschlag, der weltweit Entsetzen auslöste, zwölf Mitarbeiter des Satiremagazins ermordet.<sup>66</sup>

Auch anhand von Personalauswahlen lässt sich ablesen, dass sowohl der „Islamophobie“-Begriff als auch viel beachtete Studien zu anderen Themen unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit als Instrument dienen, um ausgesprochen *islamophile* Ansichten zu befördern. Die von diesen Akteuren geführte Liste angeblich antimuslimischer Vorfälle soll den Eindruck einer flächendeckenden „Islamophobie“ erwecken. Dabei wird wohl nicht zufällig eine entsprechende Tendenz in der Politik und im öffentlichen Alltag unterstellt. Der wissenschaftliche Schein der jeweiligen Papers neigt dazu, Verantwortlichen in der Politik, aber auch Bürgern zu vermitteln, dass konkrete Maßnahmen vonnöten seien, um die Inklusion der vermeintlich Betroffenen anzukurbeln. Insbesondere soll das Gefühl erweckt werden, dass es einen strukturellen antimuslimischen Rassismus gebe, den es zu überwinden gelte.<sup>67</sup>

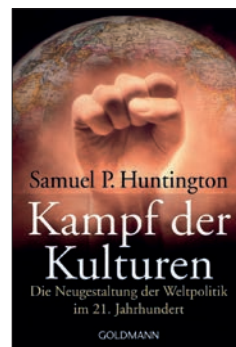
## 7. Islamophobie, Antisemitismus und islamische Opferrolle

Wie bereits dargestellt, erlauben Begriffsunschärfe und die Verwendung als Kampfbegriff durch einschlägig islamfreundliche und offen islamistische Gruppierungen eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses. Unter mittelbarem Vorsatz soll bereits legitime und akademische Islamkritik eine Art „Tatbestand“ der „Islamophobie“ erfüllen. Verfechter des Begriffes behaupten einen strukturellen Rassismus gegenüber Islamgläubigen. Dass diese Behauptung kein offenkundiges Paradoxon darstellt, dürfte sich aus der starken Polarität aufgrund des Islams als *De-facto*-Migrantenreligion speisen. Der US-amerikanische Politologe Samuel P. Huntington sprach in diesem Zusammenhang von einander gegenüberstehenden „Kulturblöcken“.<sup>68</sup>

Eine weitere Problematik zeigt sich im Versuch, einen muslimfeindlichen Gestus mit antisemitischen Haltungen gleichzustellen. Diese Einebnung verschiedener im religiösen Spannungsfeld stehender Rassismen zielt auch auf die Erinnerungskultur im europäischen, vor allem deutschsprachigen Raum ab. Die Muslimfeindlichkeit – und aufgrund der genannten Unschärfen die gesamte Islamkritik – würde in die Nähe einer tatsächlich nicht greifbaren Schuldsituation rücken. Aufgrund der Singularität der Schoah zum Verständnis der europäischen Nachkriegsordnung hätte eine erfolgreiche Umdeutung den Effekt, Islamkritik noch weiter außerhalb der zulässigen Diskursbreite zu stellen. Zumindest käme sie – ähnlich der Praxis beim Antisemitismusvorwurf – selten ohne Rechtfertigung der Äußernden aus, dass es sich um legitime Kritik, nicht um rassistische Ressentiments handele. Dies gilt besonders dann, wenn sie aus einem Lager stammt, das bereits historisch Kritik übte. Bis heute tut sich die politische Rechte in Europa schwer, Israel im gleichen Ausmaß zu kritisieren<sup>69</sup>, wie sie es bei vergleichbaren Verhaltensweisen anderer souveräner Staaten täte, nicht zuletzt aus Sorge, man könnte mit Fehlern und Verbrechen totalitärer Systeme in Verbindung gebracht werden. Und dies, obwohl etwa die „International Holocaust Remembrance Association“ (IHRA) ganz klar feststellt, dass solche Kritik nicht als antisemitisch zu deuten sei<sup>70</sup> – und obwohl Pfahl-Traugher auch dieser, im Übrigen ebenso von der EUMC als Arbeitsdefinition gesehenen, Definition eine fehlende Trennschärfe (ähnlich dem „Islamophobie“-Begriff) attestiert.<sup>71</sup>

Das Ziel der Schaffung derartiger Schuldkomplexe gegenüber Muslimen ist offenkundig, dass diese zu Zugeständnissen an deren Religionsvertretungen, aber mitunter auch Bewegungen des politischen Islams führen können. In diesem Fall richtet sich ein solches Verständnis allerdings

länderübergreifend auf ganz Europa, während die Schuldsituation und das Empfinden einer moralischen Wiedergutmachungspflicht beim Holocaust aus historischen Gründen primär den deutschen Sprach- und Kulturraum betrifft. Rolf Peter Sieferle charakterisierte diesen Mechanismus wie folgt: „Aus der Kollektivschuld der Deutschen, die auf ‚Auschwitz‘ zurückgeht, folgt ebenfalls der Aufruf zur ewigen Buße, doch fehlt in dieser säkularisierten Form der Erbsünde das Element der Gnade und Liebe vollständig“.<sup>72</sup>



### Kampf der Kulturen

Das Standardwerk sorgt mit seiner Hypothese, dass es im 21. Jahrhundert zu Konflikten zwischen westlichem, chinesischem und islamischem Kulturraum kommen könnte, seit der Erstveröffentlichung 1996 für hitzige Debatten.

### Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen

Goldmann, München 2002. 592 S.  
ISBN 978-3-442-15190-5  
A € 13,40 / D € 13,-

Dass die Verwendung eines umfassenden Begriffes der „Islamophobie“ auf konkrete politische Maßnahmen abzielt, wird bereits im EUMC-Report von 2006 klar: „Wie bereits in früheren Berichten, gelangt das EUMC auch hier wieder zu der Feststellung, dass es in der gesamten EU eindeutig an Daten und amtlichen Informationen erstens über die soziale Situation der Muslime und zweitens über Ausmaß und Charakter der Islamophobie fehlt. Die Folge ist, dass – mangels zuverlässiger und vergleichbarer Daten – wichtige Informationen für die Entwicklung politischer Maßnahmen fehlen.“

Die Mitgliedstaaten sollten sich daher dringend Gedanken darüber machen, in welchem Umfang Daten und Informationen über islamfeindliche Vorfälle und Diskriminierungen von Muslimen in den wichtigen Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnung erhoben werden sollten und wie sich dies realisieren lässt.<sup>73</sup>

Dabei zielen einschlägige Akteure auch auf die allmähliche Gleich- oder Ähnlichstellung von Antisemitismus und „Islamophobie“ ab, obwohl eigentlich offenkundig ist, dass sich diverse Phänomene eines neuen Antisemitismus in der ideologischen Herkunft diversifizieren. Eine Studie der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) über Erfahrungen europäischer Juden brachte 2018 Interessantes zutage. Eine relative Mehrheit der Befragten (41 %) gab etwa in Deutschland an, Antisemitismus von muslimischen Tätern erfahren zu haben. Zwar sprachen immerhin noch 20 % von rechten Tätern – übrigens in krassem Gegensatz zur offiziellen Polizeistatistik, die mit über 90 % vermeintlich politisch rechts motivierter Delikte eine große Diskrepanz hierzu aufweist. Aber sogar linke Täterschaften machten damals für deutsche Juden 16 % der Fälle aus.<sup>74</sup> In Großbritannien wurde dabei die Normalisierung eines Antisemitismus von linker Seite postuliert – vor allem über den Umweg überbordender Israelkritik.<sup>75</sup> Beobachter sehen darin die Absicht der früheren Arbeiterpartei, sich für muslimische Wähler attraktiv zu machen.<sup>76</sup>

Immerhin ist den Verfechtern des Begriffs hier ein zumindest vorläufiges Teil-Scheitern im Verrücken des Diskurses zu bescheinigen. Die akademische Debatte ist sich weitgehend darüber einig, dass „die verhältnismäßig neue Wortschöpfung der ‚Islamophobie‘ nicht der gleichen Bewertungstufe wie ‚Antisemitismus‘ zuzuordnen“ sei, wie der Jurist, Publizist und ehemalige Staatssekretär Klaus Faber 2008 in einer Handreichung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausstellte.<sup>77</sup> Er verneinte auch eine Gleichsetzung aktueller Bedrohungsszenarien: „Keines der zahlreichen Herkunftsländer islamischer Immigranten ist von Vernichtung bedroht, Israel hingegen schon. Niemand möchte Muslime in aller Welt bekämpfen und töten, Juden hingegen werden sehr wohl auf diese Weise angegriffen. Weiterhin wird keinem, auch keinem muslimischen Nationalstaat wegen tatsächlicher oder behaupteter Verbrechen die Vernichtung angedroht.“<sup>78</sup> Es gebe weiters keinen Islamhass und auch keine angebliche „Islamophobie“, welche darauf abziele, „Muslime in aller Welt zu verfolgen und sie in all ihren Heimatländern unter den Verdacht einer Weltverschwörung zu setzen und sie schließlich anzugreifen und auszurotten. Einen solchen Hass gibt es nur gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und dem Staat Israel.“<sup>79</sup>

Faber (1940–2019) gilt als Experte und Vorreiter in der Erforschung des muslimischen Antisemitismus, über den er bereits im Jahr 2006 für den jüdischen Onlineblog haGalil schrieb. Damals nahm er eine absolute Position in der Debatte um allfällige Wechselspiele zwischen „Islamophobie“- und Antisemitismusdebatte ein. Dass Muslime selbst im arabischen Raum eine Legitimität für Judenfeindlichkeit aus eigenen Erfahrungen ableiten könnten, verneinte er vehement:

„Für Antisemitismus gibt es ebenso wenig eine Rechtfertigung wie für Sklaverei oder Terrorismus; auch angenommene oder tatsächliche ‚Demütigungen‘ rechtfertigen Antisemitismus nicht. Für Antisemitismus darf es in gleicher Weise kein – wie auch immer begründetes – Verständnis geben.“<sup>80</sup> In der FES-Studie fügte er zwei Jahre später hinzu: „Wer diese Art von Sonderbehandlung Israels nicht als Unrecht erkennt, dafür aber in der ‚Islamophobie‘ eine Hauptgefahr wahrnimmt, die in ihrer abstrakten Dimension dem Antisemitismus gleichzustellen sei, der bedient, zurückhaltend formuliert, Vorurteile in der Problemwahrnehmung.“<sup>81</sup>

Kahlweiß und Salzborn argumentierten 2012 ähnlich im Hinblick auf die Fragestellung, ob eine Gleichsetzung der Phänomene möglich sei. Dabei schossen sie sich einmal mehr auf die Unschärfe des „Islamophobie“-Begriffes ein. Diese ermögliche erst die Situation, in welcher „Vorurteile in der Problemwahrnehmung“ den Blick auf die Wirklichkeitssicht verwaschen würden, jedenfalls aber eine Vermengung von Realitätsebenen bezweckten. Der Antisemitismus verweise „in seinen Ressentiments auf antisemitische Phantasien“ – erwähnt seien hier die nach einhelligem wissenschaftlichen Konsens erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion“. Die Kritik am Islam hingegen beziehe sich auf reale Probleme der islamischen Welt und ihrer Begegnung mit der westlichen Welt. Dabei hätten die Anschläge des 11. September 2001 ebenso einen greifbaren islamistischen Hintergrund wie auch die Anschläge von London und Madrid. Das Gleiche gelte weiter für das Terrornetzwerk al-Qaida oder die gegen Israel gerichteten antisemitischen Vernichtungsdrohungen des Iran.<sup>82</sup> Dabei halten die beiden Autoren weiters fest, dass eine „reale rassistische Ablehnung, die es in Europa gegenüber Zuwanderungen vor allem aus dem südlichen und östlichen Raum gibt, illegitimerweise in Beziehung gesetzt werden mit Problemen, die dem Islam inhärent sind“.<sup>83</sup> Die zulässige – und wohl notwendige – Schlussfolgerung ist also, dass es zwischen den Begriffen „Islamophobie“ und Antisemitismus erhebliche Unterschiede gibt.

Durch missbräuchliche Gleichsetzung versuchen „linientreue“ orthodoxe Muslime, in Europa für sich eine Opferrolle zu reklamieren. Aufgrund der Gedenkkultur in Europa – gerade im deutschsprachigen Raum – sehen sich die dortigen Gesellschaften im Ernstfall in einer Situation, in welcher sie einer Rolle als Diskriminator vorausseilend vorbeugen wollen. Das Resultat ist, dass sie durch die entstehende Solidarität weder sich selbst noch den Muslimen einen wirklichen Gefallen tun, indem sie deren Opferrolle verstetigen und eine Mentalität in diese Richtung fördern.

Die Aufnahmegesellschaft endet dabei am Gängelband eines stigmatisierenden, in Teilen pathologisierenden Vorwurfs verwerflicher Gesinnung auch bei legitimer Kritik. Muslime finden sich in einer Rolle wieder, in der sie sich als

Paria verstehen können, gleichzeitig aber ihre gesellschaftliche Emanzipation als greifbare Option scheinbar verschwindet. Dies bereitet optimalen Nährboden zur Radikalisierung junger Muslime in den politischen Islam. Dort findet sich mit dem „Islamophobie“-Schlagwort dann eine mächtige Waffe, um aus der Opferrolle ausbrechen wollenden Jugendlichen einfache Erklärungen für komplexe Probleme geben zu können. Wie Ednan Aslan und Evrim Erşan Akkılıç in ihrem Werk zu islamistischer Radikalisierung von 2017 erörtern, ist der „Opferdiskurs ein fest verankerter Teil dieser Bewegungen“.<sup>84</sup>

Somit trägt der „Islamophobie“-Vorwurf innerhalb der muslimischen Community zur Mobilisierung und Demobilisierung verschiedener Lager und Denkschulen bei. Wie die liberale Imamin Seyran Ateş feststellt: „Es ist aber auch wichtig zu fragen, was sich innerhalb der muslimischen Community in Europa abspielt. Es fällt auf, dass der Islamophobievorwurf nicht nur an den Westen gerichtet ist, sondern auch innerhalb der muslimischen Community genutzt wird, um binnenmuslimische Kritikerinnen und Kritiker von der Diskussion auszugrenzen. So begegnet einem der Islamophobievorwurf aus einem muslimischen Kontext etwa, wenn man sich kritisch mit dem Islam des siebten Jahrhunderts, mit kopftuchtragenden Kindern oder mit Themen wie Zwangsverheiratung innerhalb muslimischer Gemeinschaften beschäftigt. Letztlich besteht zwischen sachlicher und legitimer Islamkritik und „Islamophobie“ ein großer Unterschied. „Islamophobie“, verstanden als negatives Bild über Muslime durch die Betonung der Ungleichwertigkeit, diskriminiert Muslime aufgrund faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit.“<sup>85</sup>

## 8. Die Kampagnenfähigkeit des Islamophobiebegriffs

Der Kunstbegriff der „Islamophobie“ bleibt wegen seiner Ungenauigkeit höchst umstritten. Weil er gerade aufgrund dieser allseits bekundeten Unschärfe als Kampfbegriff geeignet ist, findet er in der akademischen Debatte zumeist keine breite Akzeptanz. Ernsthafte Debatten, die sich um diesen Begriff ergeben, sind wissenschaftlich unmöglich, sowohl Begriffsgeschichte als auch einschlägiger Charakter seiner Proponenten sollten ihn eigentlich außerhalb des öffentlichen Diskurses stellen. Dennoch war er breit genug in Verwendung, um gerade durch Unschärfe zum Bestandteil generalisierter Rassismus- bzw. Xenophobiedebatten zu werden. Infolge der Polarisierung landeten entsprechende Diskurse im Begriffsfeld des Kulturkampfes, wurden „entlang ethnischer bzw. völkischer Grenzbeziehungen und dem Topos kulturelle Überfremdung“ geführt.<sup>86</sup>



### ILMÖ

Die ILMÖ wurde 2007 gegründet und sieht sich als Korrektiv gegen Missstände in der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), welche als gesetzliche Vertretung aller Muslime in Österreich fungiert. Durch ihre regelmäßige Kritik an teilweise illiberalen und radikalen Tendenzen innerhalb jener Organisation erlangt die Gruppe immer wieder breite Medienpräsenz. Langjähriger Präsident ist der Journalist und Islam-Experte Amer Albayati (\* 1942 in Bagdad/Irak), der sich unter anderem gegen das umstrittene saudische König-Abdullah-Zentrum in Wien starkmachte. Seit er im Jahr 2011 nach einem Gastbeitrag für eine österreichische Tageszeitung über ein Dutzend Morddrohungen aus dem islamistischen Milieu erhielt, steht Albayati unter ständigem Polizeischutz.

Die Politisierung des Begriffs trotz seiner – ernsthaften Wissenschaftlern zufolge – akademisch unredlichen Natur fand kräftigen Aufwind durch die offenkundig politische Motivation von Akteuren wie der OIC oder SETA. Diese nahmen die Vermischung und Unschärfe der Begrifflichkeit dankbar auf und ermöglichten dieser erst die öffentliche Geltung. Es ist auch diese konstruierte „Islamophobie“, welche dazu führte, dass sogar die Vereinten Nationen im Jahr 2004 die Scheinthematik in eine Vortragsreihe unter dem Motto „Unlearning intolerance“ inkludierten. Neben anderen Formen der Intoleranz fand auch „Islamophobie“ umfassende Behandlung. Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan zog sogar den problematischen Antisemitismusvergleich und attestierte dem Westen eine „tief verwurzelte Feindschaft“ gegenüber den Islam.<sup>87</sup> Ob sich Annan der Tragweite seiner Äußerung bewusst war oder nicht – seine These lässt sich schlichtweg nicht belegen. Für Pfahl-Traughber stellt die fehlende Abgrenzung und schleichende Entdifferenzierung gegenüber dem Rassismusbegriff ein Problem dar.<sup>88</sup> Weiters gilt laut dem Politologen als umstritten, dass „in den Begriff Islamophobie aber auch Dimensionen eingeschrieben sind, die zum Grundbestandteil jeder liberalen und aufgeklärten Gesellschaft gehören und insofern berechtigte Kritik an europäischem Rassismus vermischt wird mit der islamistischen Intention, Freiheit und Aufklärung abzuwehren.“<sup>89</sup> Darüber hinaus definierte Hafez in seinen „Islamophobie“-Berichten den Begriff überhaupt als „antimuslimischen Rassismus“.

Schließlich besteht für Pfahl-Traugher „ein anderes Problem [...] darin, dass mit ‚Islamophobie‘ islamistische Organisationen eine Immunisierung vor Kritik beabsichtigen.“<sup>90</sup>

Gerade in Bezug auf den letzten Punkt ist auffällig, dass gemäßigte europäische Muslime die schärfsten Kritiker des „Islamophobie“-Kampfbegriffes sind. Eindrucksvolles Beispiel hierfür ist eine Aussendung der „Initiative Liberaler Muslime Österreichs“ (ILMÖ) vom 20. April 2006, die den Terminus als „niederträchtiges Werkzeug radikaler Islamisten“ einordnete. Dieser ermögliche eine Art „Islamophobiekeule“, welche Islamisten nur dazu diene, ihre Außenwirkung aufzupolieren. Für die ILMÖ passte damals Islamkritik klar in die Meinungsfreiheit und nicht zur Einordnung ins Begriffsfeld Rassismus/„Islamophobie“.<sup>91</sup>

Bemerkenswert ist die Deutlichkeit der ILMÖ wider den Begriff: Es handele sich bei der Kampagne für den „Islamophobie“-Begriff „um eine europaweite konzertierte Kampagne gegen die Meinungsfreiheit, der sich alle aufgeklärten Menschen und liberalen Muslime in den Weg stellen müssen.“ Aussagen und Veranstaltungen in Europa, die sich um den Begriff formierten, bezweckten, „unter dem Deckmantel des Kampfbegriffes ‚Islamophobie‘ jegliche Kritik am Islam und an radikalen Islamisten wie der Muslimbruderschaft, Milli Görüş, ATIB oder Salafisten im Keim zu ersticken.“<sup>92</sup> Der damalige Präsident der Gruppierung, Amer Albayati, sah eine „gefährliche Kampagne“ und stellte heraus, dass es „niemals Islamophobie sein kann, wenn man im Rahmen der Meinungsfreiheit offenkundige Fehlentwicklungen kritisiert“. In ganz Europa beobachte man einen Versuch, „mit diesem von dubiosen Islamisten erfundenen Kampfbegriff Kritiker mundtot zu machen“.<sup>93</sup>

Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kam der Philosoph Pascal Bruckner, der vor einer Gleichsetzung der freien Ausübung von Religion in den westlichen Demokratien mit einer Verteidigung von Fanatismus warnte. Für ihn gebe es das Recht auf Religionsfreiheit nur in Symbiose mit jenem auf Meinungsfreiheit. Man müsse für Kritik offen bleiben und jeglichen Extremismus bekämpfen.<sup>94</sup> Neben tatsächlichem Rassismus in Frankreich identifizierte Bruckner auch einen „imaginären Rassismus“, welchen die „Islamisten dem Westen und dem laizistischen Frankreich im Besonderen unterstellen“. Damit meinte er den „Islamophobie“-Begriff, an welchem zudem auch viele politische Linke festhielten. Für diese ergebe sich durch dessen Verwendung die Möglichkeit, „die muslimischen Einwanderer zu den neuen Entrechteten und Unterdrückten des Systems zu erklären“.<sup>95</sup>

Die Wurzeln für dieses Phänomen sieht auch Bruckner in der Kultivierung von Schuldgefühlen im Hinblick auf das schlechte Gewissen westlicher Länder bezüglich totalitärer Systeme des 20. Jahrhunderts und der Kolonialgeschichte. Dieses Bewusstsein sei Wurzel für eine „fahrlässige Sympa-

thie des Westes für den Islam“. Eine Sorge vor dem Einfall samt gesellschaftlichen Umwälzungen durch diesen sei nach jenem Weltbild nicht rational. Der „Islamophobie“-Vorwurf ist für Bruckner außerdem in der Position, jegliche Kritik am Islam außerhalb des Diskurses zu stellen. Fundamentalistische Strömungen und Dogmen innerhalb der Glaubensgemeinschaften würden nicht mehr vonseiten gemäßigter Muslime unterbunden. In die Konkurrenz der Minderheiten mische sich dazu ein Opferstatus, welcher sich nicht selten am Antisemitismusvorwurf orientiere. Dies gehe so weit, dass Kopftuchverbot und Diskussionen über die Reichtung *halal* geschächteter Mahlzeiten zu einem ersten Schritt antimuslimischer Verfolgung umgedeutet würden. Wer den Islam als mögliches ideologisches Fundament für extremistische Anschläge und Attentate diskutieren wolle, dem werde mit der Rassismuskeule aufgewartet.<sup>96</sup>

## 9. Exkurs: Linke, rechte und islamische Identitätspolitik

Während dieser Befund insbesondere auf die Positionen Strenggläubiger zutrifft, gestaltet sich die Lage bei der politischen Linken etwas unorthodoxer. In der öffentlichen Debatte vertritt sie oftmals kompatible Standpunkte, vor allem in den Themenkomplexen Einwanderung, Integration, Islamisierung und Rassismus. Dies erklärt sich vor allem durch verschobene Bruch- und Konfliktlinien im politischen Spektrum.

Traditionell vereinnahmte die Linke die Arbeiterschaft für sich, weite Teile ihrer Theorie transportieren bis heute den klassenkämpferischen Anspruch. Die historische Rechte kam in der Regel aus dem bürgerlich-gehobenen Milieu, nicht selten stammten ihre Vertreter aus traditionsreichen Geschlechtern. Die einstige Besserstellung kann auch als ideengeschichtlicher Hintergrund für die Erklärung dienen, weshalb sich insbesondere im deutschsprachigen Raum das liberale und das nationale Lager über viele Jahrzehnte gemeinsam entwickelten. Die Umstände der sozialen Stellung verkehrten sich aber infolge der geänderten hegemonialen Verhältnisse im Sog der „Kulturrevolution“ der '68er. Gleichzeitig diversifizierte sich die politische Debatte: Einerseits nahmen ökologische Position ab den späten 1970er-Jahren erstmals einen großen Raum in der öffentlichen Debatte ein, andererseits folgte ab den 1980ern, insbesondere aber in den 1990ern und 2000er-Jahren der große Aufstieg populistischer politischer Bewegungen. War die Ökologie ursprünglich ein konservatives Nischenthema, entdeckte die politische Linke auch dieses ihrem ureigenen Fortschrittsgedanken widersprechende Feld für sich, nutzte auch dieses für die eigene Kampagnenfähigkeit bis hin zum Hauptkennungs-

merkmal einer gleichermaßen „radikalen“ wie „bürgerlichen“ Linken. Der Populismus, der originär kein ausgewiesenes Thema der Rechten war, wurde zum Markenzeichen „rechts-populistischer“ Bewegungen in Europa. Deren Hauptkennungsmerkmal war nicht selten die volksnahe Parole und allzu oft ein seichtes theoretisches Fundament. Neben der hegemonialen Umkehrung dürfte diese unterschiedliche Herangehensweise auch erklären, weshalb die neuen gesellschaftlichen Trenn- und Bruchlinien eher kulturelle sind als jene der unterschiedlichen ökonomischen Positionen. Sozialdemokraten können heute durchaus wirtschaftsliberale Positionen vertreten. Der rechte Publizist Norbert Borrmann stellte 2011 gar die These auf, dass der „neue linke, politisch korrekte Überbau wie angegossen auf unsere kapitalistische Gesellschaft passt“, weil beide Seiten in ihrem hauptsächlichen Metier von diesem Pakt profitierten.<sup>97</sup>

Wie der Journalist Dieter Rulff in einer Analyse für den Deutschlandfunk feststellte, sind Identität, Zuwanderung und Zugehörigkeit in Deutschland eher die Themen von AfD und Grünen als der ursprünglichen „mittigen“ Volksparteien SPD und CDU/CSU. Er schreibt: „Auf der einen, der von den Grünen repräsentierten Seite, leben die Kosmopoliten. Es sind die weltoffenen Bewohner urbaner Milieus. Sie sind meist gut gebildet, verdienen auskömmlich und stehen für Multikulturalismus, Feminismus und Diversität. Auf der anderen [...] Seite [sitzen] die Kommunitaristen. Wie der Name schon sagt, sind sie ihren Gemeinschaften verhaftet, eher auf dem Lande beheimatet und orientieren sich am Leitbild der [autochthonen] Kultur.“<sup>98</sup> Erstere befürworteten dabei Globalisierung, EU und offene Grenzen. Letztere hingegen befürchteten einen „Kontrollverlust“ und sähen die Antwort darauf in einer Rückbesinnung auf das Eigene. Die Gruppe der Kommunitaristen verfüge durchaus über Mobilisierungspotenzial: „Sie sind in ganz Europa anzutreffen. Zuletzt bewiesen die Gelbwesten in Frankreich, welche Macht in dieser Bewegung steckt.“<sup>99</sup>

So oder so konstruiert sich die neue Bruchlinie an zwei Punkten: Die Linke profitiert heute von den Gegebenheiten, erhebt aber traditionell den Anspruch, die Benachteiligten anzusprechen. Die Rechte (zu welcher infolge der Diskursverschiebung längst auch die historische „Mitte“ zu zählen wäre) wiederum ist originär auf den Erhalt des Bestandes ausgerichtet.

An die Stelle der alten Verteilungskonflikte als Ersatzbetätigungsfeld treten somit Fragen der Identität und der Anerkennung, wie auch Seyed Alireza Mousavi feststellte: „Identitätspolitik ist in der westlichen Welt zu einem maßgeblichen Hebel innerhalb der Machtverhältnisse geworden.“

Festzustellen ist dabei, dass diese Kämpfe um die Identität hart und kompromisslos ausgefochten werden. Dabei bezieht gerade die Linke ihre Identitätspositionierung aus

der Mischung des historischen Auftrages ihres Lagers und dem bereits erwähnten Schuldkomplex, respektive dem schlechten Gewissen des Westens bezüglich seiner historischen Belastungen des Kolonialismus und des Faschismus. Ihre Suche nach dem „neuen Menschen“ will dabei immer vermeintliche Unterdrücker ausfindig machen, gegen die sie ihr Dogma der vermeintlichen Gerechtigkeit mit einem „antifaschistischen Narrativ“ in Position bringen kann. Wie Lichtmesz/Sommerfeld 2017 schrieben: „Die immer wieder neu beschworene Angst vor dem Nationalsozialismus [...] verleiht der Linken, die sich als großer Gegenentwurf zu diesem ‚absolut Bösen‘ inszeniert, eine beträchtliche Macht über die Gefühle, Affekte und Köpfe der Menschen. Nur wer sich ihren Dogmen, Geboten und Bußen unterwirft, darf hoffen, irgendwann einmal von der Erbsünde der historischen Schuld erlöst zu werden.“<sup>100</sup> Dabei werden – mangels eigener Benachteiligung – Migranten und insbesondere Muslime zu den Ersatzunterdrückten.



### Mit Linken leben

Mit viel Witz und einiger Schärfe analysieren die beiden Autoren den metapolitischen Status quo und versuchen, dem geeigneten Leser eine Art Wegweiser für den alltäglichen Umgang mit linken Mitmenschen mitzugeben.

**Martin Lichtmesz u. Caroline Sommerfeld:**  
**Mit Linken leben**

**Verlag Antaios, Schnellroda 2017. 328 S.**

**ISBN 978-3-944422-96-1**

**A € 18,60 / D € 18,-**

Jene, welche Kritik an diesen üben, werden zu den Unterdrückten, welche es mit Vehemenz zu bekämpfen gilt.

Erstaunlicherweise erkennen aber auch Teile der Linken die eigentliche Problematik. Ein Artikel auf dem Portal „linksnet.de“ identifiziert Folgendes: „Selbst ein vorbehaltloses Aufeinanderzugehen auf gleicher Augenhöhe,



das unter ungerechten Verhältnissen eh nicht die Lösung sein kann, war und ist nicht das Ziel der Integrationspolitik. Offensichtlich wird ein vermeintlicher Gegensatz von WIR und die ANDEREN in die Köpfe eingehämmert. Das zeigt in allen Gesellschaftsschichten und -gruppen seine Wirkung.<sup>101</sup> Das „Wir“ stehe für eine abendländische Mehrheitsgesellschaft, welche sich als „überlegene Leitkultur“ begreife und eine „kapitalistische Leistungs-ideologie“ verkörpere. Die „Anderen“ seien „Fremdkörper, die unter anderem als kriminell, unzivilisiert und bildungsfern diffamiert werden“<sup>102</sup>.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Autoren dabei ihren eigenen Umgang mit der politischen Rechten als Feindbild der eigenen Identität auf deren Umgang mit islamischen Einwanderern projizieren. Weil Unsagbarkeiten der Rechten allerdings häufig über Strohmänner, Dammbrechargumente und ebenfalls undeutliche Definitionen lediglich herbeikonstruiert und nicht tatsächlich systematisch greifbar sind, bedient sich die politische Linke zur Pflege ihrer eigenen Identitätsfrage an beliebigem Inhalt ihrer eigenen Kategorien. Der Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser beschrieb dies im September 2019 auf Twitter – „Das Perfide am Antifaschismus: Er richtet sich gegen den leeren Signifikanten ‚Faschismus‘ und füllt ihn situativ. Alles kann Feindbild sein: Abtreibungsgegner, Konservative, Neurechte, opponente Linke usf. Man reproduziert sich seine eigenen Faschisten“.<sup>103</sup>

Weil die Linken sich Einwanderer im Generellen, oft Muslime im Besonderen zu schützenswerten „Unterdrückten“ bzw. „Anderen“ erwählen, entstehen eigenartige Dynamiken. Die Linke schlägt sich vorbehaltlos auf die Seite der Immigranten, nimmt auch den Terminus der „Islamophobie“ in den eigenen politischen Begriffskatalog auf. Damit rechtfertigt sie humanitäres Eintreten für Asylwerber, vermeintliche Glaubensfreiheit und Integration bzw. Inklusion. Dank weitreichender Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs gelingt es ihr, internationale Organisationen in deren Ausrichtung zu beeinflussen, und sei es nur als Lippenbekenntnis. Höhepunkt war die Annahme einer „Kultur des Friedens“ der UNESCO im Jahr 1999. Diese beteuert das Ziel, „alle Formen der Diskriminierung und der Intoleranz zu beseitigen“.<sup>104</sup> Um dies zu erreichen, wolle sie „Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen unterstützen, die dazu beitragen, dass das Leben geachtet und Gewalt beendet wird. Gewaltlosigkeit soll durch Erziehung, Dialog und Zusammenarbeit eingeübt und gelebt werden. [...] Auch wenn die Ziele, Akzeptanz, Toleranz und Dialog zu fördern, natürlich nur in Ansätzen erreicht werden konnten, so kommt der Kultur des Friedens eine wichtige Funktion zu. Sie stellt ein alternatives Konzept zur quasi naturwüchsig erscheinenden

Verbindung von Kultur und Konflikten dar. [...] Die Förderung von Toleranz und Dialog ist in den heutigen Zeiten, in denen in [Europa] gegen vermeintlich fremde Kulturen demonstriert wird, besonders wichtig. Die Kultur des Friedens kann so stellvertretend für einen Pluralismus von Kulturen, für ein konstruktives Neben- und Miteinander von kultureller Vielfalt, stehen.“<sup>105</sup>

*Prima facie* könnte der neutrale Beobachter davon ausgehen, dass eine solche Definition vor allem die Bekundung guten Willens seitens einer überstaatlichen Körperschaft sei, die ein unverbindliches Leitbild bleibt. Gerade im Fall des „Islamophobie“-Begriffes und seiner problematischen Verwendung sowie unklaren Absteckung entlarvt sich der Ansatz aber als problematisch. Denn wenn Islamkritik bereits „Islamophobie“ ist und „Islamophobie“ eine zu bekämpfende Intoleranz ist – dann liefert schon die Äußerung gesellschaftlicher Kommentare eine Situation, in welcher der Äußernde sich in den Augen seiner Diskussionsgegner überhaupt gegen den Konsens einer anerkannten internationalen Organisation richtet.

## 10. Hinwendungen & Maßnahmen der EU und ihrer Agentur für Grundrechte (FRA)

Gerade die Verstetigung vermeintlicher Gemeinplätze durch die Hintertür schafft einen großen Fördertopf für Erhebungen über Diskriminierung. Diese führt die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) – unabhängig, aber maßgeblich<sup>106</sup> EU-finanziert – durch, um Handlungs- und Entscheidungsgrundlagen für den Betrieb des EU-Parlamentes und in der Folge der Parlamente der Mitgliedstaaten bereitzustellen. Welchen Wildwuchs der hier am Beispiel der „Islamophobie“ gezeigte Mechanismus dabei produziert, zeigt die Liste bisher durchgeführter FRA-Erhebungen<sup>107</sup>, womit einzelnen Standortbestimmungen nicht pauschal die Sinnhaftigkeit abgesprochen werden soll:

- EU-weite Erhebung über Erfahrungen mit Diskriminierung und Viktimisierung von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten (EU-MIDIS): 23.500 Angehörige unterschiedlicher Zuwanderergruppen und ethnischer Minderheiten.
- Erhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in allen EU-Mitgliedstaaten: 42.000 Frauen.
- EU-weite Erhebung zu Hasskriminalität und Diskriminierung gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen: 93.000 LGBT-Personen.
- Erhebung zu Lebensbedingungen und Diskriminie-

rung von Roma: 85.000 Personen.

- Umfrage zu Antisemitismus: 6000 jüdische Personen.
- EU-weite Grundrechte-Erhebung über einschlägige Meinungen und Erfahrungen der Allgemeinbevölkerung: noch laufend.

Außerdem bietet die FRA zahlreiche Arbeitsgruppen und andere Veranstaltungen an. Was dabei nicht fehlen darf: Strategietreffen, welche sich mit dem Themenkomplex angeblicher „Islamophobie“ beschäftigen. So nahm die Agentur an der zweiten Sitzung der Lenkungsgruppe des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR) am 6. März 2015 teil, welche auf die „Bekämpfung von Islamophobie“ abzielte.

Obwohl – wie diese Studie nachzeichnet – gleich mehrere ENAR-Unterorganisationen auch Verbindungen zum politischen Islam unterhalten sollen, wurde dabei der Eindruck eines angeblich seriösen Treffens suggeriert. Anders ist nicht zu erklären, weshalb sich eine EU-nahe Agentur in eine Sitzung einbinden ließ, deren Ziel es war, „zur Vorbereitung einer Anhörung im Europäischen Parlament die Inhalte des europäischen Rahmens für nationale Strategien zur Bekämpfung von Islamophobie weiterzuentwickeln.“ Weiters sollte „eine Strategie für ein besser koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit auf europäischer und auf nationaler Ebene entwickelt werden.“<sup>108</sup>

Mit den daraus gewonnen Erkenntnissen präsentierte die FRA im Rahmen eines Expertentreffens Ende 2015 ihre Arbeit zu „Islamophobie“, Rassismus und Extremismus. In der Zwischenzeit brachte sich der FRA-Leiter für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Riso Roscam Abbing, beim Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments ein. Dort trug er zu den Themen Antisemitismus, „Islamophobie“ und Hassrede vor. Nicht zuletzt beteiligte sich die FRA Ende November desselben Jahres in Brüssel an einer Podiumsdiskussion im Rahmen eines Workshops der Open Societies Foundations zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit. Thema dabei war auch die Rolle von NGOs und anderer Zivilgesellschaft, insgesamt nahmen etwa 40 derartige Organisationen daran teil. Die Abordnungen hatten dabei die Möglichkeit, sich über Detailfragen zu Islamfeindlichkeit auszutauschen und ihre Erfahrung und Arbeit an deren Bekämpfung abzugleichen.<sup>109</sup>

Hiermit wird also die virulente Problematik mit dem Begriff der „Islamophobie“ besonders deutlich. Sozialwissenschaftler kritisieren diesen zwar mehrheitlich – und doch landet er über mehrere Umwege, unter anderem dank dubioser Aktivisten und klar islamistischer Gruppen, im amtlichen EU-Gebrauch. Ist er dort einmal angelangt, überlagert die politische Realität soziologische Bedenken – oder fließt erst recht wieder neu als vermeintlich neutraler Begriff in die akademische Diskussion ein. Ähnliche Problemfälle finden

sich bei anderen Themenkomplexen gesellschaftlicher Relevanz, etwa in der Rechtsextremismusforschung, wo es mehrere Dutzend unterschiedliche Begriffe gibt, die sich teilweise grob widersprechen, und wo maßgebliche ‚Experten‘ selbst eine Biografie nah am harten linken Rand aufweisen.

Es zeigt sich eine Tendenz zur Durchsetzung von Begriffen, deren vordergründige Orientierung nicht Treffsicherheit oder Sachlichkeit ist. Vielmehr werden Tatsachen erst geschaffen, indem Verfechter eines Begriffes damit geradezu um sich werfen, ihm über Umwege einen quasi offiziellen Sanktus verschaffen. Dabei stören auch grobe methodologische Mängel nicht. Ein Beispiel: Im 2017er-Bericht<sup>110</sup> der französischen CCIF<sup>111</sup> (nach Eigenangabe 12.500 Mitglieder) beruhen Statistiken „weitgehend auf den Einschätzungen und Empfindungen der Betroffenen, nicht auf objektiven Fakten“. Dennoch gelten die Zahlen als relevant und finden in der medialen Berichterstattung in Frankreich Niederschlag.<sup>112</sup> Ähnliche Kritik bezüglich Belastbarkeit von Zahlen und möglichen Mängeln in der Methodik gibt es beim EIR-Report von Hafez und SETA.<sup>113</sup>

Bezüglich der CCIF-Berichte übte auch der ehemalige Chef des Religionssekretariats im französischen Innenministerium, Didier Leschi, harsche Kritik: „Der Verein überlagert Rassismus mit Fragen der religiösen Identität. Für mich ist das eine ganz gefährliche Irrlehre. Sie kann sogar eine Art Religionskrieg auslösen. Das CCIF will soziale Fragen instrumentalisieren und damit einer Reislamisierung Vorschub leisten.“<sup>114</sup> Dass über derartige Mechanismen mittelfristig auch bislang von der Öffentlichkeit und dem akademischen Diskurs gleichermaßen abgelehnte Standpunkte, wie etwa jener der Gleichstellung von „Islamophobie“ und Antisemitismus, verstärkten Einzug in die gesellschaftliche Debatte finden können, ist dabei umso problematischer.

## 11. Schlussfolgerung

Angesichts der untersuchten Phänomene lassen sich mehrere Grundaussagen über den Zustand der „Islamophobie“-Debatte treffen:

1. Es ist belegbar, dass es sich um einen Kampfbegriff islamistischer Organisationen handelt, über den im soziologischen Fachdiskurs kein Konsens herrscht. Dennoch geben politisch einschlägige Akteure wie die SETA Handreichungen heraus, die ihn unter dem dünnen Deckmantel der Wissenschaftlichkeit befördern. Offenkundig wird die politische Instrumentalisierung über unterschiedliche Kanäle einschließlich Verflechtungen der „Islamophobie“-„Forschung“ mit dem politischen Islam. Der Befund ist strukturell: „Die anfangs

kritisierte Verquickung von rassistischem Ressentiment und Kritik am Islam hat dabei durchaus System, dient sie doch dazu, Gegner jeglicher Couleur als Rassisten zu denunzieren und damit für nicht diskursfähig zu erklären. Mittels ‚Islamophobie‘-Vorwurfs wird versucht, Deutungshoheit über die Islam-Diskurse zu erlangen.“<sup>115</sup>

2. Weiters ist es den Verfechtern des Begriffs gelungen, unter Mithilfe von Akteuren aus dem linken politischen Spektrum den eigentlich unsauberen „Islamophobie“-Begriff in den allgemeinen Sprachgebrauch zu transportieren. Die Genannten waren mit der Transportierung des Begriffes samt der Vorstellung von Muslimen als angeblich Unterdrückten erfolgreicher als sogenannte Rechtspopulisten und Liberale bei deren Versuch, diesen Kampfbegriff aus der Mottenkiste der politischen Taktik zurück in die gebührende Bedeutungslosigkeit zu verbannen. Der Terminus weist große Unschärfe und ebenso große Breite auf, die einzige Konstante ist seine Präsenz im politischen Diskurs.
3. Juden in Europa finden sich in einer Situation wieder, in der „Islamophobie“ von den Verfechtern des Terminus mit dem des Antisemitismus gleichgesetzt wird. Obwohl die Nivellierung der Begriffe keinen durchschlagenden Erfolg aufweisen kann, hilft es dem Selbstverständnis mancher Muslime, sich in einer Opferrolle wiederzufinden, die zum Nährboden für allfällige Radikalisierung werden kann. Die versuchte Gleichsetzung ist auch für autochthone Europäer problematisch, da ihre normale Abwehrreaktion gegen eine Überfremdung durch muslimische Migranten ins Licht angeblicher historischer Schuld gestellt wird. Dies hilft der metapolitischen Beförderung des Eindruckes, die Einwanderer seien Unterdrückte und Entrechtete, während die Aufnahmegesellschaft eine „Täterrolle“ einnimmt. Damit wird nötige Wiedergutmachung suggeriert, obwohl ein Vergleich zwischen Holocaust und aus soziologischer Sicht reflexhafter Xenophobie akademisch unredlich und definitorisch unmöglich bleibt.
4. Die Verankerung der „Islamophobie“ im allgemeinen, täglichen politischen Sprachgebrauch ermöglicht es Personen, welche mit einer klaren islamistischen Agenda agieren, in den verwandten Themenfeldern – Migration, Integration, Inklusion, Islamisierung, Diskriminierung – eine starke politische Druckwirkung zu erzeugen und auch tatsächliche Ämter zu deren Bewältigung zu besetzen. An diesen Positionen ist es ihnen möglich, ein *Fait accompli* zu schaffen, bei welchem die Ablehnung durch den akademischen Diskurs zu einem Papiertiger zurückgestuft wird.

Daher stellt sich die Frage nach der Rückführung der Diskussion auf ein normales Niveau. Unabhängig von der Machbarkeit scheint es nämlich unerlässlich, sachliche und wissenschaftliche Sichtweisen zur Untersuchung der europäischen Gesellschaften wiederherzustellen.

Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht vordergründig aus der Überlegung der Rückgewinnung einer Deutungshoheit zwischen politischen Lagern. Vielmehr droht ein politisch motivierter Islam, sich im westlichen Kulturraum immer breitere Wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine Umkehr gesamtgesellschaftlicher Umwälzungen ist nur durch die konsequente Eindämmung dieser Trends möglich. Als Ansatzpunkt erscheint die stärkere Kontrolle über Geldflüsse und Fördermittel und die Einstellung von deren Verteilung an offene Gegner unserer Denk- und Lebensweisen. Es ist offenkundig, dass Missstände in jedwede Richtung angesprochen werden müssen. Dies kann aber nicht durch lächerliche und unsauber erlangte Dokumentationsergebnisse geschehen. Ein mittelfristiges Ziel muss sein, dass klare Begrifflichkeiten in politisch wichtigen Debatten auch die mediale Öffentlichkeit erreichen. Die Beförderung unsauberer Definitionen einschlägiger Aktivisten im Irrglauben an deren vermeintliche Expertentätigkeit hingegen verstärkt gesellschaftliche Gräben. Klare soziologische Begriffe müssen in den öffentlichen Diskurs zurückkehren.

Nur durch Versachlichung des Kampfes um diese Begriffe ist es möglich, die europäische Politik zu drängenden Zukunftsfragen – die demografische Zusammensetzung und soziokulturelle Richtung unserer Gesellschaften ist vielleicht die drängendste – wieder in konstruktive Bahnen zu lenken. Letztendlich wird es hier aber auch auf die Bereitschaft einzelner politischer Lager ankommen, sich neu auszurichten.

Noch mögen die demografischen Realitäten und gegenwärtigen soziologischen Frames das Narrativ und die Hegemonie linker Parteien stärken. Ab einer gewissen Schwelle wird diese Taktik jedoch möglicherweise zum Bumerang, bei welcher im Ernstfall sogar die antikonservativen Lebens- und Sichtweisen vieler kosmopolitischer Linker noch früher ins Kreuzfeuer einer islamistischen Machterweiterung kämen, als dies vergleichsweise in der ohnehin eher ethnisch homogenen Peripherie lebende Konservative und Rechte beträfe.

Bei der Zurückdrängung des politischen Islams und seiner Frames gewährt jedenfalls nur ein gesamtgesellschaftlicher Konsens unabhängig von politischen Lagern eine Treffsicherheit.

## 12. Quellenverzeichnis

- 1 <https://www.neurologen-und-psiater-im-netz.org/psychiatrie-psychosomatik-psychotherapie/erkrankungen/angsterkrankungen/was-sind-angsterkrankungen/>
- 2 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel>
- 3 Bonnie, Political Abuse of Psychiatry in the Soviet Union an in China: Complexities and Controversies, *Journal of the American Academy of Psychiatry and the Law*, Jg. 30 (2002), S. 137
- 4 Kandel, Islamophobie – Zur Karriere eines umstrittenen Begriffs, Friedrich-Ebert Stiftung, Berlin 2005, S.5
- 5 Kahlweiß/ Salzborn, „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff. Zur konzeptionellen und empirischen Kritik des Islamophobiebegriffs, in: Pfahl-Traugher (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/12 (II)*, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl 2012, S. 249.
- 6 <https://www.cafecritique.priv.at/Islamophobie.html> (abgerufen am 27.3.2020)
- 7 Dinet/Ben Ibrahim, *L'Orient vu de l'occident*, Piazza-Geuthner, Paris 1925; zitiert in: Allen, *Islamophobia*, Routledge, Abingdon/New York 2010, S.5
- 8 Schmid: Wer hat Angst vor Differenz? Über die Tarnung des Rassismus als Religionskritik. Zweiter Teil einer Debatte um „Islamophobie“. In: *Jungle World* Nr. 52, 17. Dezember 2003, feuilleton
- 9 Cetin, Homophobie und Islamophobie – Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin, Dissertation – „Queerstudies“, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S. 43
- 10 Bruckner, Die Erfindung der Islamophobie, Essay, <https://www.perlentaucher.de/essay/die-erfindung-der-islamophobie.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 11 Conway et. al., *Islamophobia: A challenge for us all*, Runnymede Trust, London 1997, online abrufbar unter <https://www.runnymedetrust.org/companies/17774/Islamophobia-A-Challenge-for-Us-All.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 12 Ebd.
- 13 Helmut Pisecky, Autor der Studie „Islamophobie – zur (De)Konstruktion eines politischen Kampfbegriffs“ in [https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5215590/Gastkommentar\\_Kampfbegriff-Islamophobie](https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5215590/Gastkommentar_Kampfbegriff-Islamophobie) (abgerufen am 27.03.2020)
- 14 Conway et. al. / *The Runnymede Trust* [Hrsg]: *Islamophobia, a challenge for us all*, 1997, S. 4
- 15 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel> (abgerufen am 27.03.2020)
- 16 IDB - Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen (Hrsg.): *Diskriminierung im österreichischen Bildungswesen*, Wien 2018, S. 14ff.
- 17 Kahlweiß/Salzborn 2012, S. 250
- 18 Ebd., S. 251-252
- 19 <https://www.la-croix.com/Monde/Erdogan-appelle-combattre-islamophobie-meme-titre-antisemitisme-2019-03-22-1301010635> (abgerufen am 27.03.2020)
- 20 <https://www.welt.de/politik/ausland/article13741568/2083-Aus-den-Abgruenden-eines-Massenmoorders.html>
- 21 Cf. Gardell, *Islamofobi*, Leopard Förlag, Stockholm 2011 (abgerufen am 27.03.2020)
- 22 Weber, Keine frohe Botschaft: Der Streit um die nicht veröffentlichte EU-Studie zum Antisemitismus, *Jungle World* Nr. 50/2003, <https://jungle.world/artikel/2003/50/11967.html>
- 23 FRA (Hrsg.), *Muslimen in der Europäischen Union Diskriminierung und Islamophobie*, EUMC 2006, Wien 2006, S. 74 ff.
- 24 Ebd., S. 72
- 25 <https://www.ikg-wien.at/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 26 Ratzinger, *Werte in den Zeiten des Umbruchs – Die Herausforderungen der Zukunft bestehen*, Herder, Freiburg i. B. 2005, S. 77 ff.
- 27 S.u. <https://www.mohammedamin.com/Reviews/Quranic-concepts-ethics-of-war.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 28 <http://www.heiko-heinisch.net/der-begriff-islamophobie/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 29 Ebd.
- 30 Übersetzt aus einem Zitat via <https://web.archive.org/web/20160611133134/http://www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche/publikationen/islamundpolitik/documents/Islamophobie.pdf> (abgerufen am 27.03.2020)
- 31 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/rede-des-uno-generalsekretars-annan-warnt-vor-islamophobie-und-antisemitismus-a-281758.html>
- 32 Ebd.
- 33 FRA 2006, S. 129
- 34 <http://www.islamophobiaeurope.com/executive-summary/2017-2/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 35 <http://www.islamophobiaeurope.com/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 36 <https://www.bundestag.de/resource/blob/478774/228c8e0a00707e9ffc7656e-3ce052157/wd-1-024-16-pdf-data.pdf> (abgerufen am 27.03.2020)
- 37 <https://www.euronews.com/2019/07/08/turkish-think-tank-report-condemned-for-profiling-turkish-journalists-working-for-foreign> (abgerufen am 27.03.2020)
- 38 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915099.pdf> (abgerufen am 27.03.2020)
- 39 <https://www.setav.org/etkinlikler/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 40 <https://www.setav.org/etkinlikler/sempozyum-ucuncu-yilinda-15-temmuz-darbe-girisimi-ve-feto-ile-mucadele/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 41 <https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-thinktank-101.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 42 <https://tagesspiegel.de/berlin/tuerkisches-institut-erdogans-abwehreinheit-gegen-liberale-muslimen-in-berlin/24184860.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 43 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neo-osmanismus-tuerken-und-araber-werden-eins-11228318.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 44 Ebd.
- 45 <https://www.ikg-wien.at/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 <https://www.kismetonline.at/exklusiv-farid-hafez-antwortet-auf-kampfbegriff-islamophobie/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 51 <https://tagesspiegel.de/berlin/tuerkisches-institut-erdogans-abwehreinheit-gegen-liberale-muslimen-in-berlin/24184860.html> (abgerufen am 27.3.2020)

- 52 <https://nzzas.nzz.ch/schweiz/saida-keller-messahli-wird-als-islamophob-bezeichnet-ld.1518015?reduced=true> (abgerufen am 27.3.2020)
- 53 <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2020/marburg-linke-studenten-wollen-islam-vortrag-verbieten/> (abgerufen am 27.3.2020)
- 54 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article192434681/Susanne-Schroeter-Frankfurter-Goethe-Universitaet-verteidigt-Islamforscherin-vor-Rassismus-Kritik.html> (abgerufen am 27.3.2020)
- 55 <https://hpd.de/artikel/jahrbuch-fuer-islamophobieforschung-fehlender-trennschaerfe-15729> (abgerufen am 27.3.2020)
- 56 <https://www.ikg-wien.at/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> (abgerufen am 27.3.2020)
- 57 <https://www.marianne.net/societe/quand-le-ccif-et-consorts-font-reculer-la-sorbonne-au-sujet-de-conferences-sur-la-laicite> (abgerufen am 27.3.2020)
- 58 <https://manoteises.lt/chr/komanda/> (abgerufen am 27.3.2020)
- 59 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2015-008736+0+DOC+XML+V0//EN&language=ga> (abgerufen am 27.3.2020)
- 60 <http://www.lefigaro.fr/vox/societe/2016/02/05/31003-20160205ARTFIG00415-uoif-freres-musulmans-salafisme-le-dessous-des-cartes.php> (abgerufen am 27.3.2020)
- 61 <https://twitter.com/islamismmap/status/991284096276971520> (abgerufen am 27.3.2020)
- 62 [https://web.archive.org/web/20070928033832/http://www.awaazsaw.org/awaaz\\_pia4.pdf](https://web.archive.org/web/20070928033832/http://www.awaazsaw.org/awaaz_pia4.pdf) (abgerufen am 27.3.2020)
- 63 <http://www.ihr.org.uk/publications/briefings/9318-a-response-to-the-report-by-awaaz-south-asia-watch-june-2006-the-islamic-right-key-tendencies-> (abgerufen am 27.3.2020)
- 64 <https://www.opendemocracy.net/blog/ourkingdom-theme/stuart-weir/2009/03/15/uighurs-china-s-forgotten-muslims> (abgerufen am 27.3.2020)
- 65 Phillips, Hezbollah cells await Iran's orders, *The Spectator*, 05. August 2006
- 66 <https://www.ikg-wien.at/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> (abgerufen am 27.3.2020)
- 67 Vgl. ebd.
- 68 Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Spiegel-Verlag, Hamburg 2006, S. 55ff.
- 69 Im Gegenzug dazu werten manche kritischen Stimmen sogar demonstrative rechte Israelsolidarität negativer als linke Israelkritik, siehe z. B.: <https://www.heise.de/tp/features/Die-Rechte-und-die-Israelsolidaritaet-4122549.html> (abgerufen am 27.3.2020)
- 70 <http://www.osce.org/de/odihr/29892> (abgerufen am 27.3.2020)
- 71 [http://www.hagalil.com/2017/07/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/#\\_ftn1](http://www.hagalil.com/2017/07/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/#_ftn1) (abgerufen am 27.3.2020)
- 72 Sieferle: Finis Germania, Antaios, Schnellroda 2017, S. 66
- 73 FRA 2006, S. 130
- 74 FRA (Hrsg.), Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus, Wien 2018.
- 75 <https://www.israelheute.com/erfahren/die-neuen-gesichter-eines-alten-hasses-antisemitismus-im-jahr-2018/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 76 <https://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.717851> (abgerufen am 27.03.2020)
- 77 Faber, „Islamophobie“ und Antisemitismus – zwei unterschiedliche Begriffe und Problembeschreibungen, in: Policy: Politische Akademie Nr. 27, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008, S.16
- 78 Ebd.
- 79 Ebd.
- 80 <https://www.hagalil.com/archiv/2006/07/allianzen.htm> (abgerufen am 27.03.2020)
- 81 Faber 2008, S.16
- 82 Kahlweiß/Salzborn 2012, S. 254
- 83 Ebd., S.256
- 84 Aslan/Akkılıç, Islamistische Radikalisierung: Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieus, Springer, Wien 2017, S. 177
- 85 Ateş, „Islamophobie“ – Erfahrungen aus Deutschland, in: Policy: Politische Akademie Nr. 27, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008, S.14
- 86 Seidel, Islamophobie, in: Bielefeldt (Hrsg.), Jahrbuch Menschenrechte 2009, Ludwig-Boltzmann-Institut, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 223
- 87 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel> (abgerufen am 27.03.2020)
- 88 <https://hpd.de/artikel/jahrbuch-fuer-islamophobieforschung-fehlender-trennschaerfe-15729> (abgerufen am 27.03.2020)
- 89 Ebd.
- 90 Ebd.
- 91 [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160420\\_OTS0038/islamophobie-ist-niedertraechtiges-werkzeug-radikaler-islamisten](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160420_OTS0038/islamophobie-ist-niedertraechtiges-werkzeug-radikaler-islamisten) (abgerufen am 27.03.2020)
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Cf. Pascal Bruckner, *Un racisme imaginaire : Islamophobie et culpabilité*, Grasset et Fasquelle, Paris 2018
- 95 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/pascal-bruckner-nimmt-den-vorwurf-der-islamophobie-ins-visier-14949871.html> (abgerufen am 27.03.2020)
- 96 Ebd.
- 97 Norbert Borrmann: Warum rechts? Vom Wagnis, rechts zu sein, Regim, Kiel 2011, S. 63
- 98 [https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturkampf-statt-lassenkampf-warum-gruene-und-afd-die.1005.de.html?dram:article\\_id=439596](https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturkampf-statt-lassenkampf-warum-gruene-und-afd-die.1005.de.html?dram:article_id=439596) (abgerufen am 27.03.2020).
- 99 Ebd.
- 100 Lichtmesz/Sommerfeld: Mit Linken leben, Antaios, Schnellroda 2017, S.85f.
- 101 <https://www.linksnet.de/artikel/25901> (abgerufen am 27.03.2020)
- 102 Ebd.
- 103 [https://twitter.com/benedikt\\_kaiser/status/1177466085366329344](https://twitter.com/benedikt_kaiser/status/1177466085366329344) (abgerufen am 27.03.2020)
- 104 <https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-04/Erkl%C3%A4rung%20%C3%BCber%20eine%20Kultur%20des%20Friedens%20und%20Aktionsprogramm%20f%C3%BCr%20eine%20Kultur%20des%20Friedens.pdf> (abgerufen am 27.03.2020)
- 105 <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/samuel-huntington-revisited/artikel/detail/vom-kampf-der-kulturen-zu-einer-kultur-des-friedens-808/> (abgerufen am 27.03.2020)
- 106 Der Haushaltsplan der Agentur für das Jahr 2019 hatte z. B. ein Volumen von 22 Millionen Euro
- 107 <https://fra.europa.eu/de/about-fra/introducing-fra> (abgerufen am 27.03.2020)
- 108 Ebd.

109 Ebd.

110 [https://issuu.com/ccif/docs/ccif\\_rapport\\_final\\_complet](https://issuu.com/ccif/docs/ccif_rapport_final_complet) (abgerufen am 27.03.2020)

111 „Collectif contre l'Islamophobie en France" (CCIF), s. a. <http://www.islamophobie.net/> (abgerufen am 27.03.2020)

112 [https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-das-kollektiv-gegen-islamfeindlichkeit-und-seine.886.de.html?dram:article\\_id=377831](https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-das-kollektiv-gegen-islamfeindlichkeit-und-seine.886.de.html?dram:article_id=377831) (abgerufen am 27.03.2020)

113 <https://www.profil.at/oesterreich/thinktank-erdogan-umfeld-islamophobie-oesterreich-7578190> (abgerufen am 27.03.2020)

114 Ebd.

115 <https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> (abgerufen am 27.03.2020)

# Freilich

WWW.FREILICH-MAGAZIN.AT

## IMPRESSUM:

Freilich – Das Magazin für Selbstdenker.

Erscheinungsort: Graz. Medieninhaber und Herausgeber: Freilich Medien Ges.m.b.H.

Redaktion & Verlag: Mandellstraße 7, A-8010 Graz, Österreich. Bankverbindungen: Steiermärkische Graz,

IBAN: AT38 2081 5000 0009 8004, BIC: STSPAT2G; Postbank München, IBAN: DE44 7001 0080 0120 1628 06.

Abonnement-Preise: Österreich Euro 76,-, Deutschland Euro 85,-, Schweiz SFR 96,-.

Tel.: +43(0)316/32 70 09, Internet: freilich-magazin.at, E-Mail: redaktion@freilich-magazin.at